

Die Linke.SDS | 18.-19. Juni 2022 | Berlin

# 30. BUNDES KONGRESS

**STOPPT DEN KRIEG  
IN DER UKRAINE.**


**Sofortiger Rückzug aller russischen Truppen!**

**Keine weitere militärische Eskalation!**

**Weder mit Putin, noch mit der NATO!**

**Konsequente Abrüstung!**

**REFUGEES WELCOME**

SDS 



# **Beschlussheft**

30. Bundeskongress

Sommersemester 2022

*Die Linke.SDS*

**DIELINKE**  
**SDS**

# Inhaltsverzeichnis

A1. »Tant que la vie continue, le combat continue!«.....	4
A2. SDS geht Ende Gelände: Mit dem fossilen, kolonialen Kapitalismus brechen! Für eine ökosozialistische Zukunft! .....	12
A3. Raus aus der Blase: Für ein Wachstum an den Fachhochschulen .....	12
A5. Gemeinsam Verantwortung übernehmen. Transformative Gerechtigkeit als Grundlage für den Umgang mit sexistischer und sexualisierter Gewalt in Die Linke.SDS .....	14
A7. Awareness-Schulung.....	17
A8. Marxistisch-Feministisches Wochenende.....	18
A9. Erneuerung bedeutet nicht Anpassung: DIE LINKE als sozialistische Partei aufbauen .....	19
A11. Antragstitel: Rhetorik-Workshop zur Selbstermächtigung von Genoss*innen in Debatten .....	22
A12. Entlastungspaket für Studierende - Jetzt! .....	22
A13. #wirsindnochda! Für eine unabhängige und starke Studischaft - Eine hochschulpolitische Kampagne des SDS Hessen .....	24
A15. Verbandszeitung stärker im Verband verankern!.....	25
A16. Aufbruch der Klimabewegung .....	26
A17. Für eine demokratische, soziale & zivile Zeitenwende statt 100 Mrd. für Militarisierung, Aufrüstung und Krieg! .....	27
A18. Gegen „Long-Lockdown“: Zur (Wieder-)Belebung der studentischen Politik, der Hochschulen und der gemeinsamen Aktivität.....	29
A19. Die Waffen nieder! Für zivile Wissenschaft überall – jetzt erst recht!.....	31
D1. PKK Verbot aufheben .....	34

# A1. »Tant que la vie continue, le combat continue!«<sup>1</sup>

## Sozialistische Politik in Zeiten von Klimakrise, Krieg und Inflation Leitantrag des Bundesvorstands zum 30. Bundeskongress

In einer [repräsentativen Befragung](#) aus dem Frühjahr dieses Jahres berichtet die Hälfte der in Deutschland befragten 14-29-Jährigen von einem stressigen Alltag, ein Drittel von Antriebslosigkeit und Erschöpfung. Fast 30% leiden nach eigenen Angaben unter Depression. Nur acht Prozent haben die Hoffnung, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen. Der Jugend scheint die Hoffnung abhanden zu kommen. Angesichts dessen, was auf der Welt passiert, ist das wenig verwunderlich. Als größte Sorgen geben die befragten Jugendlichen die Klimakrise, den Krieg und die zunehmende Inflation an. Es ist also nicht nur daher gesagt, dass die Welt, in der wir leben, die Menschen krank macht. Wenn wir nicht nur die Symptome bekämpfen wollen, muss das System in seinen Grundstrukturen verändert werden.

Mit diesem Text versuchen wir diese zentralen politischen Entwicklungen und Herausforderungen von Studierenden zu verstehen und diskutieren, wo sozialistische Politik ansetzen muss, wenn sie der Hoffnungslosigkeit eine überzeugende Vision der Überwindung des Kapitalismus entgegenstellen will. Krisen scheint es zurzeit an allen Ecken und Enden zu geben. Wer soll da den Überblick behalten? Uns ist bewusst, dass die Analyse unserer Zeit nie vollständig und abgeschlossen sein kann. Doch die dringend notwendige Veränderung dieser Welt fordert uns heraus, auch als junge Sozialist:innen zu versuchen, gemeinsam ein Gespür für diese Zeit zu bekommen. Nur so wissen wir, wo unsere Kraft und Energie am besten eingesetzt werden können.

Im Folgenden blicken wir daher schlaglichtartig auf die drei großen Sorgen der Jugend: Die Klimakrise, den Krieg und die Inflation als Ausdruck zunehmender sozialer Verwerfungen, die auch an den Hochschulen zu spüren sind. Dabei gehen wir auch auf die Rolle der gesellschaftlichen Linken im Allgemeinen und der LINKEN im Besonderen ein, um Vorschläge für unsere Schwerpunktsetzung als Die Linke.SDS zu machen. Im Widerspruch von steigendem Autoritarismus, Aufrüstung, Konkurrenzpropaganda und Armut ist der Kampf um soziale Gleichheit und internationaler Gerechtigkeit dringend wie nie. Die Erkenntnis, dass es uns in diesem System allen schlecht geht, lässt uns als Sozialist:innen nicht pessimistisch werden, sondern treibt uns an, diese Verhältnisse zusammen mit unseren Genoss:innen, Kommiliton:innen, Kolleg:innen und Freund:innen zu überwinden. An den Hochschulen wie in den restlichen Teilen der Gesellschaft liegt es in unserer Hand, auf die Herausforderungen unserer Zeit die richtigen Antworten zu finden und Lösungen zu entwickeln.

---

<sup>1</sup> So reagierte Jean-Luc Melenchon darauf, dass er knapp den Einzug in die Stichwahl bei der französischen Präsident:innenwahl verpasste. Auf deutsch: »Solange das Leben weitergeht, geht auch der Kampf weiter.«

## Sozialismus und Kapitalozän

[2050](#) wird Berlin ein Klima wie heute Toulouse haben. Der jüngste IPCC Bericht stellte fest: Das 1,5 Grad Ziel wird nicht erreicht. Im Gegenteil: Die jetzige Politik bringt uns sogar auf 3,2° Erderwärmung. Es kommt zu Extremwetterereignissen, Dürren und Ernteausfällen. Auch ein Anstieg des Meeresspiegels, der besonders kleine Inseln und Küstengebiete bedroht, wird nicht abwendbar sein. Bis zum Ende des Jahrhunderts könnten eine Milliarde Menschen in Küstengebieten ihrer Lebensgrundlage beraubt werden. Wenn es zu einer Erderwärmung von 1,7 bis 1,8 Grad kommt, wird die Hälfte der Weltbevölkerung lebensbedrohlicher Hitze und Feuchtigkeit ausgesetzt sein. Bei einem Temperaturanstieg von 1,6 Grad werden 8% der landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr nutzbar sein. Dementsprechend mahnt der IPCC-Bericht zu schnellen und grundsätzlichen Maßnahmen: »Jede weitere Verzögerung bei konzertierten globalen Maßnahmen wird [ein kurzes und sich schnell schließendes Zeitfenster](#) zur Sicherung einer lebenswerten Zukunft verpassen.«

Wir befinden uns auf dem Weg in ein Zeitalter der Katastrophen, doch trotzdem scheint niemand die »Notbremse« ziehen zu wollen, als welche Walter Benjamin die Revolution bezeichnete. Die Differenz zwischen Notwendigkeit von Maßnahmen und den leeren Versprechen der Politik könnte nicht größer sein. Die Klimakrise soll individualistisch und technologisch gelöst werden. Das klammert bewusst die Akteur:innen aus, die für die Krise verantwortlich sind. Denn die Klimakrise ist nicht vom Himmel gefallen und es sind auch nicht alle Menschen gleich verantwortlich. Der britische Historiker [Adam Tooze bringt es auf den Punkt](#): »Wenngleich es wahr ist, dass der Klimawandel von Menschen verursacht wird, verursachen ihn nicht die Menschen im Allgemeinen. Das ökonomische System und diejenigen, die es verwalten und von ihm profitieren, verursachen den Klimawandel. Die krisenhafte Epoche, in der wir uns befinden, sollte das [Kapitalozän](#) genannt werden.«

Das System, in dem wir leben, hat die Klimakrise erst hervorgebracht und ist der Motor, der sie immer weiter antreibt. Der Kapitalismus opfert sukzessiv seine eigenen Lebensgrundlagen für den Profit. Er strebt ein unendliches Wachstum an, das es auf einer Erde mit endlichen Ressourcen nicht geben kann. Diesen Widerspruch würde selbst ein vollkommener Umstieg auf erneuerbare Energien und Rohstoffe nicht ändern, denn im Kapitalismus wird nicht nur nach unendlichem Wachstum gestrebt - durch die kapitalistische Konkurrenz muss auch immer schneller immer mehr Wachstum generiert werden. Kurz gesagt: Das Kapital muss in diesem System schneller akkumulieren als erneuerbare Rohstoffe nachwachsen können. Es gibt daher keinen sanften Weg aus dem Kapitalozän. Reformen des Bestehenden reichen nicht aus. Was wir brauchen ist ein »System Change«, einen radikalen Bruch mit dem System. Die »Notbremse« muss betätigt werden.

Dieser radikale Bruch ist unter den aktuellen Kräfteverhältnissen noch nicht absehbar. Stattdessen bestimmt die ökologisch-ökonomische Zangenkrise<sup>2</sup> die gesellschaftliche

---

<sup>2</sup> Als »ökologisch-ökonomische Zangenkrise« beschreibt Klaus Dörre die »historisch neuartige Ausprägung«, die das »strukturelle Wachstumsdilemma kapitalistischer Gesellschaften« im Kapitalozän erfährt. Da die Generierung von Wirtschaftswachstum, das »wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung sozialer Konflikte im Kapitalismus«, auf seinen heutigen, ressourcen- und energieintensiven fossilen Grundlagen

Auseinandersetzung. Unter den aktuellen Herrschaftsverhältnissen käme es zu weiteren schwerwiegenden sozialen Problemen, wenn das Wachstum begrenzt und weniger Profit erwirtschaftet werden würde. Die Folgen, die mit dem fehlenden Profit einhergehen würden, würden auf dem Rücken der lohnarbeitenden Bevölkerung ausgetragen werden - in Form von Massenentlassungen, einer Arbeitsintensivierung ohne Lohnerhöhung oder einem späteren Renteneintrittsalter. In Anbetracht der Klimakrise ist eine Eingrenzung der Wachstumsbestrebungen dringend notwendig. Doch das würde unter den aktuellen Kräfteverhältnissen zu einer Verschlechterung der Lebensumstände der lohnarbeitenden Bevölkerung führen. Wir befinden uns in einer Krise der Mensch-Natur-Beziehungen, für die es im bestehenden System keine Lösung geben kann.

Es lassen sich wenige präzise und gute Antworten auf diese Krise finden. Die neue Bundesregierung schmückt sich damit nun endlich effektivere Umweltpolitik zu betreiben und versucht hinter ihrem neuen Hegemonieprojekt eines grünen Kapitalismus verschiedene Bevölkerungsteile zu vereinen. Aber in der Realität sind die Maßnahmen, die ergriffen werden, schlussendlich Maßnahmen für den Systemerhalt unter einem grünen Deckmantel und somit zum Scheitern verurteilt.

Die linken Kräfte in Deutschland haben dem Hegemonieprojekt eines grünen Kapitalismus bisher zu wenig entgegenzusetzen. Es ist klar, dass unsere Vorstellung von einem guten Leben für alle jetzt und in Zukunft immer unter Berücksichtigung der Klimakrise geprägt sein muss. Das heißt, wir müssen Antworten darauf entwickeln, wie mit einem zu erwartenden Temperaturanstieg konkret umzugehen ist und was dies für die praktische Umgestaltung von gesellschaftlicher Infrastruktur bedeutet. Wir müssen also besser darin werden, unsere Vorstellung von einem guten Leben, das zwar nach dem Kapitalismus aber unter den Folgen der Klimakrise stattfindet, zu konkretisieren. Gleichzeitig fehlt es uns an Stärke, um die Forderungen, die wir gemeinsam entwickeln, auch wirklich durchzusetzen. Nur wenn wir gesellschaftliche Mehrheiten für einen Klimaschutz der 99% gewinnen, wird sich dies ändern.

Grüner Kapitalismus bedeutet, dass unzureichender Klimaschutz auf Kosten der arbeitenden Klasse betrieben wird. Dagegen müssen wir einen Ansatz stärken, der soziale und ökologische Fragen immer zusammen denkt. Das ist in der Theorie jedoch leichter gesagt als in der Praxis getan. Es gibt sie, die zarten Pflänzchen einer Vision des Ökosozialismus, in der sich ÖPNV-Beschäftigte mit FFF-Aktivist:innen oder Bosch-Beschäftigte mit Klimaaktivist:innen vernetzen. Doch diese Beispiele sind bisher mehr Ausnahme als Regel. Vielmehr steckt die Klimabewegung ähnlich wie die LINKE in einer schwierigen Phase. Es gibt wenige Antworten auf die Frage, wie es weitergehen soll. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit und die damit einhergehende Einbeziehung der sozialen Frage wird zwar breit geteilt, aber wie diese praktisch umgesetzt wird, ist weiterhin offen.

---

»zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend« wirke, befinde sich die Gesellschaft im »Zangengriff von Ökonomie und Ökologie«: Mehr Wachstum verursacht ökologische Katastrophen, weniger Wachstum sozialen Konflikte. Klaus Dörre: Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt, in: Dörre, Holzschuh, Köster, Sattel (Hrsg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt 2020.

Es wird daher Zeit, neue Wege zu gehen und sich in Milieus zu wagen, die sich der Klimabewegung gerade noch fern fühlen. Das bedeutet für uns an den Hochschulen: Die Klimabewegung als Mehrheitsbewegung aufbauen, echte Klimastreiks organisieren, Zusammenarbeit mit Gewerkschaften suchen und so Stück für Stück eine ökosozialistische Alternative zum Kapitalozän »sprechbar« machen. Darum veranstalten wir als Die Linke.SDS Ende Oktober den "System Change"-Kongress in Leipzig, der uns genau diesen Austauschraum bieten wird, in welchem wir unsere Ideen und Vorschläge zur Debatte stellen können.

Um die Klimakrise aufzuhalten, braucht es den radikalen Bruch mit dem Kapitalozän. Dieser wird nicht allein durch den nächsten Klimastreik ausgelöst werden. Die Notbremse kann einzig und allein von einer organisierten Arbeiter:innenklasse betätigt werden. Es ist an uns als Sozialist:innen verbindende Bündnisse zwischen Klimabewegung und Arbeiter:innen, die materielle Stärke entfalten können, aufzubauen.

### **Der Ukraine-Krieg und die Folgen**

Die Klimakrise hat nicht nur enormen Einfluss auf soziale Auseinandersetzungen, sondern trägt auch zur Zuspitzung der geopolitischen Lage bei - denn [auch Russland befindet sich im Griff der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise](#). 43% der wirtschaftlichen Leistung Russlands stammen aus dem Export fossiler Energieträger. Je schneller Russlands Abnehmerstaaten die Energiewende vollziehen - welche dringend notwendig ist, um die Menschheit nicht über die Klippe zu stürzen -, desto wertloser werden die russischen Öl- und Gasvorkommen. Die Zukunftsszenarien der herrschenden Klasse in Russland sehen entsprechend finster aus. Wenn die grundlegende Umstrukturierung der russischen Wirtschaft ausbleibt, bleiben den Herrschenden in Russland deshalb perspektivisch in erster Linie die Machtressource des Militär und die Bereitschaft brutale Angriffskriege zu führen, um ihre imperiale Stellung in der Weltordnung nicht zu verlieren. Diese bleiben aber nur dann anwendbar, solange die Gegner vom russischen Öl und Gas abhängig sind. Der Angriffskrieg sorgt zudem auch in den westlichen Ländern für Instabilität - steigende Preise führen zu einer geringeren Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die Folgen treffen in erster Linie die breite Bevölkerung und die dringend notwendige Nachhaltigkeitsrevolution wird erneut zu einem fernen Zukunftsszenario. Der Angriffskrieg Russlands hat den wirtschaftspolitischen Hintergrund, neue Wirtschaftsräume zu erobern und alte Wirtschaftszweige abzusichern. Als Die Linke.SDS verurteilen wir den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des russischen Regimes. Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine, egal ob sie fliehen oder sich gegen die Besatzungsmacht verteidigen. Die russische Regierung verfolgt imperialistische Interessen, rechtfertigt den Krieg mit einer Reihe von Lügen und nationalistischer Propaganda und nimmt das Leid von Millionen in der Ukraine und darüber hinaus in Kauf.

Die Antwort von sozialistischen Studierenden kann nur sein, alles dafür zu tun, dass der Krieg schnell endet und Solidarität mit all jenen zu üben, die vor dem Krieg fliehen oder sich ihm unter Einsatz des eigenen Lebens entgegenstellen.

Es handelt sich bei dem aktuellen Krieg dennoch um eine sehr viel komplexere Lage, als die bürgerliche Erzählung es behauptet. Denn zu dem legitimen Kampf der

Ukrainer:innen um Selbstbestimmung tritt zunehmend ein inter-imperialistischer Konflikt hinzu. Deshalb suchen viele Linke nach Orientierung, kontroverse Debatten auch innerhalb der bekannten Lager sind die Folge. Klar ist: Die USA unterstützen die Ukraine nicht, um die demokratischen Werte des Westens vor den autokratischen Bestrebungen Putins zu verteidigen. [Sie verfolgen imperialistische Interessen](#), das Schicksal der Menschen in der Ukraine ist zweitrangig. Bei dem Krieg in der Ukraine handelt es sich daher auch um einen [Krieg des globalen Kapitalismus](#), der bedeutende Umbrüche in der politischen Weltlage zur Folge haben wird.

Die unmittelbaren Konsequenzen des Krieges sind bereits jetzt verheerend: Tausende Tote und Menschen auf der Flucht, denen die Lebensgrundlage entzogen wurde. Russlands Beschlagnahmung und Blockade von Nahrungsmittelexporten tragen – neben Getreidespekulation, Klimakrise und neokolonialen Abhängigkeiten – weltweit zu Versorgungsengpässen und Hunger bei. [Weltweit wirken die Kriegshandlungen in der Ukraine auf die imperialistischen Blöcke](#). Die USA können von dem Krieg profitieren, da sie die russische Wirtschaft mit Sanktionen schwächen und das russische Militär stellvertretend durch die vom Westen militärisch ausgestatteten ukrainischen Streitkräfte ausbluten lassen können. Die EU, als enger Partner der USA, wird weiter auf sie angewiesen sein, da sie sich perspektivisch wohl eher an amerikanischer statt russischer Energie orientieren muss. Mit der verschärften imperialistischen Konkurrenz kommt es zu einer »neuen/alten Blockkonfrontation« (Solyt). Die imperialistischen Zentren rüsten auf. Mit den Waffenlieferungen der NATO-Staaten an die Ukraine und der Ausbildung ukrainischer Soldat:innen sind diese letztlich eine Kriegspartei geworden. Die Gefahr eines Atomkrieges steigt damit massiv an. Von der weltweiten Aufrüstungsspirale, in der wir uns bereits befinden, profitiert am Ende vor allem die Rüstungsindustrie. Die klimaschädliche Produktion wird enorm vorangetrieben, was zu einer Verschärfung der Klimakrise führt – eine globale Zusammenarbeit, um gemeinsame Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise auf den Weg zu bringen, wird unmöglich. Um sich von russischen Brennstoffen unabhängig zu machen, würden in Folge neuer Abkommen die weltweiten Bohrungen nach fossilen Brennstoffen wieder zunehmen, sodass der fossile Kapitalismus ungehindert weiter unsere Lebensgrundlage zerstören kann.

In Anbetracht der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise nutzen die imperialistischen Akteure die neue Weltlage außerdem dazu, weiter aufzurüsten und sich auf künftige Kriege um Ressourcen vorzubereiten. Denn bei einer weiteren Zuspitzung der Klimakrise werden die mächtigen Staaten zunehmend Ressourcen monopolisieren, andere Staaten zur Versorgung der eigenen Bevölkerung ausbeuten und die Bewegungsfreiheit massiv einschränken. In Zukunft ist damit zu rechnen, dass es zu weiteren Eskalationsstufen kommen wird, während die Menschheitsfragen des Hungers, der sozialen Ungleichheit und der Bedrohung der Existenz des Planeten - der Klimakrise - unbeantwortet bleiben.

### **Aufrüstung und Inflation**

Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der damit einhergehenden Krise der Weltordnung schlägt auch die Bundesregierung Deutschlands einen neuen Kurs ein. Mit 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr und



der damit einhergehenden Steigerung der Rüstungsausgaben auf das NATO-2%-Ziel steht die »Zeitenwende« der Ampel im Zeichen von Aufrüstung und einer neuen Sicherheitspolitik. Damit sehen wir uns mit der »[fundamentalen Abkehr von den Prinzipien deutscher Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs](#)« und einem neuen deutschen Militarismus konfrontiert. Mit der geplanten Aufrüstung könnte Deutschland weltweit auf Platz 3 der Staaten mit den höchsten Militärausgaben landen - und verfolgt damit eindeutig imperialistische Interessen, auch innerhalb der NATO. Doch den Menschen in der Ukraine wird damit nicht geholfen. Genauso macht die neue Hochrüstung Deutschlands die Welt nicht sicherer, sondern bereitet auf künftige militärische Auseinandersetzungen vor. Dass diese Entscheidung ohne vorherige breite öffentliche Debatte und demokratische Meinungsbildung getroffen wurde, kennzeichnet ebenfalls die autoritäre Politik der Regierungsparteien.

Der neue Kurs der Ampel ändert auch die Ausgangsbedingungen, in denen Linke Politik machen. Eine linke friedenspolitische Perspektive gerät zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen wird der öffentliche Diskurs von einer militärischen Logik dominiert, die sich in der derzeitigen Lage als alternativlos präsentiert. Linke werden gar als Verräter diffamiert, weil sie versuchen Deeskalation voranzutreiben. Diese Entwicklungen erschweren es linken Kräften ungemein, in der derzeitigen gesellschaftlichen Stimmung anschlussfähige Forderungen auf die Straße zu bringen. Gleichzeitig ist die aktuelle Situation auch ein Ausdruck der Schwäche der Linken: Trotz stellenweise breiter Ablehnung oder mindestens Skepsis gegenüber der Lieferung schwerer Waffen aus Angst vor einer direkten, möglicherweise atomaren Konfrontation zwischen Russland und der NATO gelingt es linken Kräften bisher kaum, eine breite Friedensbewegung zu mobilisieren. Zugleich hat der russische Angriffskrieg erneut die fehlende antiimperialistische Grundeinstellung in breiten Teilen der gesellschaftlichen Linken aufgezeigt: Während manche den Imperialismus Russlands nicht als solchen erkennen, führt ein fehlendes Verständnis über den Imperialismus der NATO bei anderen zu einer unkritischen Unterstützung der Politik der Bundesregierung. Dabei braucht es gerade jetzt eine vereinte linke Friedensbewegung, die sich mit allen Unterdrückten von Krieg, Militarismus und Imperialismus solidarisiert, immer zunächst die Rolle der eigenen Regierung problematisiert und mit aller Kraft antiimperialistische und sozialistische Bewegungen weltweit stärkt.

Bereits jetzt wird von den Regierungsparteien deutlich gemacht, dass die Militärausgaben auf Kosten sozialer Projekte gehen werden. So wird wegen des Bundeswehr-Sondervermögens »[das ein oder andere in der Legislaturperiode \(...\) nicht realisier\[t\]](#)« werden können. Das ist ein Schlag ins Gesicht für progressive Bewegungen, die seit Jahren Investitionen in Sozialstaat, Klima, Gesundheit, Bildung und vieles mehr fordern und die stets mit der Begründung abgewiesen worden, dafür sei kein Geld da. Und am Ende wird sich der Staat das Geld, welches jetzt in die Aufrüstung fließt, durch Einsparungen in eben jenen Bereichen zurückholen.

Parallel zur durchfinanzierten Aufrüstung steigen die Lebensmittel- und Energiepreise. Mit 7,9% ist die Inflationsrate im Mai so hoch gewesen wie seit über 30 Jahren nicht mehr - und ein Ende des starken Preisauftriebs ist derzeit nicht in Sicht. Während damit zu rechnen ist, dass ein Großteil der Kosten an die Endverbraucher:innen weitergegeben wird, werden Unternehmen in der Öl- und Gasförderung enorm vom Krieg und der

Inflation profitieren. Finanzminister Lindner lehnt allerdings eine [Übergewinnsteuer](#) für Kriegsprofiteure, wie sie bereits von LINKEN und Grünen gefordert und in einigen Ländern umgesetzt wurde, ab – stattdessen werden »die Bürgerinnen und Bürger das bezahlen«. Darum will Lindner dafür sorgen, dass die Menschen auch »[Lust haben zu arbeiten und 'ne Überstunde zu machen](#)«. Die Folgen der derzeit steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Umso entscheidender ist es, dass sich neue soziale Proteste formieren. Pandemie, Klimakollaps, Krieg und Inflation sind nicht vom Himmel gefallen - sie sind vom Kapitalismus produzierte Krisen, die von der herrschenden Klasse von oben und auf Kosten der breiten Bevölkerung bearbeitet werden. Hier ist die LINKE gefordert, die Widersprüche in der Krisenbearbeitung der Herrschenden aufzuzeigen, soziale Forderungen nach vorne zu stellen und Menschen in Verteilungskämpfen zusammenzubringen. Die Inflation ist eine Entwicklung, die die Mehrheit der Menschen unmittelbar betrifft. Doch die Regierung bringt lieber ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr statt wirkungsvolle Entlastungspakete auf den Weg. Die klassenpolitischen Dimensionen sind da. Wir müssen sie nur sichtbar machen und sozialistische Alternativen ausbuchstabieren.

Auch wir als Studierende spüren die Folgen dieser Krisen und Verwerfungen. In Deutschland ist [fast jede:r dritte Studierende von Armut betroffen](#) – die Armutsquote unter Studierenden ist damit fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Mit der Coronapandemie, dem Wegfall zahlreicher studentischer Nebenjobs und der Schließung der Mensen verschlechterte sich die finanzielle Lage vieler Studierender in den letzten zwei Jahren bereits enorm - und auch von der aktuellen Inflation sind Studierende besonders stark betroffen. Die Ampel-Reform des BAföG gleicht nicht einmal die Inflation aus, eine großzügige Erhöhung und Ausweitung wäre weiterhin dringend geboten. Diese Position vertritt auch der fzs, dessen Mobilisierungskraft aber schwach ist. Für uns muss sich analog zur LINKEN die Frage stellen, ob und wie aus dieser sozialen Krise an den Hochschulen Protest und schließlich progressive Veränderung erwachsen können.

### **Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens**

Die Lage ist ernst. Das zeigt die Analyse der objektiven Zustände und das weiß auch die junge Generation. [Der Klimawandel bereitet mehr als der Hälfte dieser Generation große Sorgen, und drei Viertel blicken mit Furcht auf die Zukunft.](#) Gleichzeitig nimmt das Vertrauen in das Regierungshandeln rapide ab. Der Glaube, dass die Machthabenden in der Lage seien, die Zustände in den Griff zu bekommen, schwindet.

Was bedeutet das für uns? Eine einfache Antwort gibt es sicher nicht und doch ist uns als Sozialist:innen bewusst: Es ist nicht alles verloren. Aus einer historisch-materialistischen Analyse heraus wissen wir, dass die Welt veränderbar ist. Was es braucht, ist eine neue Radikalität der Ehrlichkeit: Die Zustände so zu benennen, wie sie sind und das System, welches die Vielfachkrise zu verschulden hat, in Verantwortung zu nehmen. Doch dort dürfen wir nicht stehen bleiben.

Die Schwäche der gesellschaftlichen Linken und der Partei zeigt: So wie es ist, darf es nicht bleiben. Es braucht eine grundlegende Erneuerung linker Politik - Erneuerung heißt aber nicht Anpassung an die veränderten Zustände, sondern Einstehen für die grundlegenden

Pfeiler einer linken Überzeugung. Eine Organisation, die sich viel auf die Fahne schreibt, aber diese progressiven Ansätze weder in der eigenen Organisation umsetzen noch in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen kann, verliert an Glaubwürdigkeit.

Die Ampel-Koalition als »[Modernisierungscoalition des Übergangs](#)« (Candeias) ist nicht frei von Widersprüchen. Diese aufzuzeigen und anzugreifen wird Aufgabe einer nach vorne gerichteten, modernen sozialistischen Politik sein. Es ist davon auszugehen, dass die Ampel-Regierung die gesellschaftliche Erwartung zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen und Krisen früher oder später enttäuschen wird. Für die LINKE gilt es, darauf vorbereitet zu sein und den anhaltenden Wunsch nach Veränderung anhand von konkreten Visionen und realen Durchsetzungsperspektiven in gemeinsame Kämpfe zu übertragen. Unser politisches Agieren müssen wir auf das Ziel ausrichten materielle Machtaufzubauen, die am Ende in der Lage ist, Strukturen anzugreifen und grundlegende Veränderungen voranzutreiben. Denn immerhin zwei Drittel der Jugendlichen haben das Gefühl in einer Generation zu leben, die politisch etwas verändern möchte. Hier können wir als Studierendenverband ansetzen und all den jungen Menschen, die etwas verändern wollen, eine politische Heimat anbieten. Dafür müssen wir ihre Ängste und Sorgen ernst nehmen, diese in die objektiven Zustände einordnen und dem Gefühl der Lähmung eine Perspektive kollektiver Ermächtigung entgegensetzen.

Dabei könnten die Aufgaben, die vor uns liegen, nicht größer sein. Aber trotz des Katastrophenszenarios, das auf uns zurollt, dürfen wir nicht kopflos agieren. Der Ernst der Lage erfordert von uns, nicht überstürzt zu handeln, sondern wohlüberlegt und gut vorbereitet in Kämpfe zu gehen. Voraussichtlich werden wir dennoch einige der anstehenden Kämpfe verlieren. Umso wichtiger ist es, dass unsere Organisation in der Lage ist, persönliche Resignation, Enttäuschung und Frustration aufzufangen und eine gemeinsame Vision der Veränderung aufrechtzuerhalten.

Wir wissen: Es erscheint naheliegend, anhand der objektiven Zustände zu verzweifeln und aufgeben zu wollen, und doch - gerade in von Krisen geprägten Zeiten ist das Potential für Veränderung groß. Die politische Lage ist bereits fragil: Krieg, soziale Verwerfungen und die sich verschärfenden Klimafolgen werden den Unmut in der Bevölkerung immens verstärken. Es wird neue Möglichkeitsfenster geben, um sozialistischen Ideen neuen Aufwind zu verschaffen - wir müssen sie nur erkennen und nutzen lernen. Der Kapitalismus produziert und reproduziert fortwährend Ungerechtigkeiten und Leid - die Wut darüber kann uns antreiben weiterzumachen. Aufgeben war noch nie weniger eine Option. Denn **»Tant que la vie continue, le combat continue!«**

## **A2. SDS geht Ende Gelände: Mit dem fossilen, kolonialen Kapitalismus brechen! Für eine ökosozialistische Zukunft!**

*Die Linke.SDS* ruft zur Beteiligung an der *Ende Gelände*-Sommeraktion vom 09. bis 15. August 2022 im Großraum Hamburg auf. Der Verband unterstützt finanziell die Anreise und Beteiligung am Klimacamp. Unsere Basisgruppen unterstützen vor Ort die Mobilisierung zum Camp und zu den Aktionen. Dafür vernetzen wir uns mit *Ende-Gelände*-Ortsgruppen und weiteren Klimagruppen.

Lasst uns mit dem kolonialen, fossilen, kapitalistischen System brechen! Lasst uns eine sozialistische Zukunft erkämpfen, in der wir gemeinsam entscheiden, weniger und anders produzieren, und gerecht teilen. Another world is possible!

## **A3. Raus aus der Blase: Für ein Wachstum an den Fachhochschulen**

### **Die Grenzen des Wachstums: ein ungelöstes Problem**

Wie jede linke Organisation, haben wir als SDS Schwierigkeiten, nachhaltig zu wachsen. Vom linearen Aufbau einer sozialistischen Massenorganisation sind wir weit entfernt. Wir stoßen immer wieder an ähnliche Grenzen:

1. Unsere Gruppen übersteigen praktisch nie einen aktiven Kern aus 6-10 Personen.
2. Seit der Gründung im Jahr 2007 entwickelten meist nur wenige Gruppen die Stärke für strategische bundesweite Initiativen: Berlin, Leipzig, Marburg. In Teilen auch Frankfurt, Aachen, Düsseldorf und Köln.
3. Was Studiengänge angeht, besteht - (trotz mittlerweile vieler Ausreißer!) - leider ein Schwerpunkt in den Gesellschaftswissenschaften.

Immer wieder starten hochmotivierte, starke Genoss:innen in ihre SDS-Laufbahn, mit dem Anspruch ihre Gruppe „(nachhaltig) aufzubauen“ und „mehr Leute zu gewinnen“. Und trotzdem fallen die Gruppen immer wieder auf die altbekannte GröÙte von 6-8 aktiven Personen zurück. Auch, wenn die Gruppe in der Zwischenzeit unglaublich tolle und erfolgreiche Projekte umgesetzt hat.

Wir denken: Der SDS ist viel zu wichtig, um sich mit diesem aktivistischen „Circle of Life“ abzufinden.

**Fachhochschulen: Raus aus der Blase**

Wir nehmen uns als SDS nun vor, neue Gruppen an Fachhochschulen zu starten. Dadurch nutzen wir produktiv das „Problem“ aus, dass Gruppen meist eine Maximalgröße entwickeln: Wir gründen einfach neue Gruppen in Städten, in denen wir bereits eine SDS-Basisgruppe haben.

So können wir „aus der Blase“ ausbrechen. Wir wollen uns nicht damit zufriedengeben, dass der SDS oft ein Ort für Studis der Gesellschaftswissenschaften (Politik, Soziologie, Geschichte, Geographie, Kulturwissenschaften...) bleibt.

Dafür wollen wir uns insbesondere auf Fachhochschulen fokussieren. Die Studierenden an FHs, ca. 40% der gesamten deutschen Studierendenschaft, sind institutionell stärker in den Verwertungsprozess des Kapitals eingebunden als Geisteswissenschaftler\*Innen, die die Mehrheit des SDS bilden. Das eingebunden sein in den Verwertungszusammenhang drückt sich im Studium durch eine starke Nähe zu den Interessen des Industrie- und Dienstleistungskapitals aus, so können bereits jetzt große Unternehmen direkt den Lehrplan mitbestimmen. Im Alltäglichen erleben wiederum drückt sich dieser Zusammenhang in einer Fixierung auf einen späteren Arbeitsplatz aus. Als sozialistischer Hochschulverband ist es unsere Pflicht gerade bei diesen Menschen, die später in Schlüsselfunktionen der Industrie arbeiten, das eigene Klassenbewusstsein zu bilden und Kenntnisse wie Fähigkeiten zur Organisation der eigenen Klasse zu vermitteln.

Das Potential unter der Studierendenschaft ist viel größer, als das was wir bisher erreichen. Aktuell beginnen 50% eines Jahrgangs nach ihrem Schulabschluss ein Studium. Studierende sind historisch schon längst nicht mehr „nur eine kleine soziale Gruppe“, oder gar die „spätere intellektuelle Elite“. Nein: Die Studierendenschaft enthält die gesamte Vielfalt der Gesellschaft.

Dass so viele Menschen ein Studium beginnen, stellt eigentlich eine Chance dar: Denn das Studium verlängert die Zeit der „Sozialisierung“, also die „lange Jugend“ bevor Mensch die Einsamkeit des Arbeitslebens betritt. Das ist eine Chance für politische Initiativen, da sich durch „Jugendarbeit“ Menschen besonders nachhaltig an die eigenen politischen Werte binden lassen.

Allerdings studieren immer mehr Menschen nicht an Universitäten, sondern an Fachhochschulen (FH's)- und kommen dadurch nicht mit Politik in Berührung - einfach weil es an FH's keinerlei politische Initiativen gibt.

Wir wollen an die Fachhochschulen, um bezogen auf Studiengänge diverser zu werden. Und um dort ein linkes politisches Angebot zu schaffen.

## **A5. Gemeinsam Verantwortung übernehmen. Transformative Gerechtigkeit als Grundlage für den Umgang mit sexistischer und sexualisierter Gewalt in Die Linke.SDS**

Als Die Linke.SDS wollen wir uns mit von sexistischer und sexualisierter Gewalt betroffenen Personen solidarisch zeigen, sie\*ihn persönlich/politisch unterstützen und ihr\*ihm – im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten – einen verlässlichen Schutzraum bieten. Ein weiteres Ziel ist, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die betroffene Person weiterhin in unseren Strukturen aktiv bleiben kann. Es geht also darum, die Handlungsfähigkeit der betroffenen Person wiederherzustellen. Alle SDS-Mitglieder haben die Verantwortung, an diesen Zielen mitzuwirken. Unsere Überzeugung dabei ist, dass wir im SDS gemeinsam Verantwortung übernehmen müssen, um betroffene Personen zu unterstützen und für die Prävention von sexualisierter Gewalt zu kämpfen.

Sexismus und sexualisierte Gewalt kommen überall vor. Die Gesellschaft, in der wir leben, ist in ihrer Normalität gewaltvoll. In einer patriarchalen Gesellschaft wird jeden Tag auf verschiedene Arten Gewalt gegenüber FLINTA\*-Personen ausgeübt. Die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse, von denen unsere Gesellschaft geprägt ist, funktionieren nur, wenn sie durch alltägliche, strukturelle Gewalt aufrechterhalten werden. Diese Gewalt wird von allen Personen, die in der Gesellschaft leben, erlernt; genauso wie es bei weiteren Formen der Sozialisierung der Fall ist. Weil gewaltvolles Verhalten oft im Rahmen des als normal angesehenen Umgangs liegt, nehmen viele Personen, die gewaltvoll und/oder diskriminierend handeln, dies zunächst nicht wahr. Weil gewaltvolles Verhalten allerdings *erlernt* ist, kann es auch *entlernt* werden. Unser Anspruch als Die Linke.SDS ist unentwegt emanzipatorisch und demokratisch: Dazu gehört im Umgang mit Sexismus und sexualisierter Gewalt die feste Überzeugung, dass sich Personen in kollektiven Prozessen verändern und Alternativen zu ihrem bisherigen Denken, Fühlen und Handeln erlernen können. Ebenso können gewaltvolle Strukturen und Herrschaftsverhältnisse überwunden werden. Dieser Ansatz findet sich vor allem im Konzept der *Transformativen Gerechtigkeit* wieder.

Transformative Gerechtigkeit übt Kritik an staatlichen Strafsystemen aus, die sich struktureller Unterdrückungsmechanismen bedienen. Statt mit Bestrafungsmechanismen zu arbeiten, ist der Ansatz darauf fokussiert, mit Menschlichkeit und Verantwortungsübernahme weniger gewaltförmige Handlungsmöglichkeiten auf der persönlichen, zwischenmenschlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Ebene aufzuzeigen und zu ermöglichen. Als Sozialist:innen sind wir uns dessen bewusst, dass auch wir von gesellschaftlichen Machtstrukturen geprägt sind und erkennen an, dass auch in unserem Verband gewalttätiges und diskriminierendes Verhalten vorkommt. Das heißt aber nicht, dass wir

dies als gegeben hinnehmen, sondern dass wir uns in der Verantwortung sehen, jegliche unterdrückende Struktur anzugehen. Zusammen kämpfen wir jeden Tag für eine gerechtere Welt – in der Uni, auf der Straße und innerhalb unserer eigenen Organisation.

Wir halten den Ansatz der Transformativen Gerechtigkeit für ein geeignetes Mittel, den Prozess der kollektiven Verantwortungsübernahme bei uns im Verband voranzubringen. Bei Transformativer Gerechtigkeit handelt es sich nicht um ein Strafverfahren gegen die gewaltausübende Person, sondern um ein Angebot der Entwicklung hin zu einer gerechteren und gewaltlosen Verhaltensweise. Das Konzept der Transformativen Gerechtigkeit erkennt, dass Gewalt kollektiv und durch bestehende Herrschaftsstrukturen bedingt ist. Deshalb müssen wir diese Gewalt im Kollektiv bekämpfen und an erster Stelle Betroffenen sicherere Räume ermöglichen.

In unserem Verständnis ist Gewalt intersektional und schließt somit nicht nur Geschlecht als Dimension ein, sondern auch andere und verschränkte Marginalisierungen wie Klasse und Herkunft. Das heißt, dass Sexismus mit Rassismus und Klassismus auftreten kann und insbesondere rassifizierte und von Armut betroffene FLINTA\*-Personen Mehrfachdiskriminierung und Gewalt erleben. Uns ist deshalb klar, dass der Kampf gegen bestehende Herrschaftsstrukturen nicht nur feministische, sondern auch antirassistische und antiklassistische Praxis umfasst. Uns ist es darüber hinaus wichtig, dass Menschen, die in unserer Gesellschaft aufgrund von strukturellen Verhältnissen (die es abzuschaffen gilt!) Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt sind, bei Die Linke.SDS einen möglichst sicheren Ort finden.

Unser Fokus auf sexistische und sexualisierte Gewalt wurde bestärkt durch die #LinkeMeToo Debatte, die sowohl in der Partei als auch in anderen linken politischen Organisationen u.a. die Reflexion und Weiterentwicklung der eigenen Strukturen eingefordert hat. Das beinhaltet auch die ganz grundlegende Frage, mit der sich die AG Antidiskriminierung beschäftigte, wie FLINTA\*-Personen eine tatsächlich gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglicht werden kann. Die Debatte darüber, wie ein solcher Ort zu schaffen ist, hat spätestens mit #LinkeMeToo eine neue Dynamik bekommen. Vor allem um den Begriff der „Definitionsmacht“ sowie um die Frage nach der Unschuldsvermutung wird dabei kontrovers diskutiert. Als Die Linke.SDS stellen wir fest: Um Gewalthandlungen aufarbeiten zu können, braucht es eine gemeinsame Auseinandersetzung damit und Verständigung darüber, was passiert ist. Wir sind grundsätzlich parteilich mit der\*dem Betroffenen. Das bedeutet weder, dass wir alles, was Betroffene sagen, unhinterfragt als objektive Wahrheit betrachten, noch, dass wir versuchen, jedes kleine Detail herauszufinden. Stattdessen wollen wir auf drei verschiedenen Ebenen betrachten, was passiert ist, uns auf die Erzählung der betroffenen Person einlassen und uns kritisch-solidarisch mit ihr auseinandersetzen. Es ist klar, dass diese Ebenen nicht trennscharf sind, sondern als Orientierung dienen. Auf einer ersten Ebene schauen wir uns möglichst neutral an, welche nach außen gerichteten Handlungen es gegeben hat. Dabei wollen wir grob einordnen, um was für eine Form von sexistischer oder sexualisierter Gewalt es sich handelt. Uns ist klar, dass wir uns, aufgrund der gesellschaftlichen Normalisierung der Gewalt und des Umstands, dass es nur in den seltensten Fällen Beweise für die Gewalt gibt, hierbei auf die Erzählung der betroffenen Person verlassen müssen. Dabei sollte die Betroffene niemals – so wie es bei bürgerlichen Institutionen wie der Polizei und den Gerichten der

Fall ist – unter Rechtfertigungsdruck gesetzt werden. Die Unschuldsvermutung darf hier nicht gegen die Glaubwürdigkeit der Erzählung Betroffener eingesetzt werden. Auf einer zweiten Ebene schauen wir, was die Handlung bei der Betroffenen ausgelöst hat, wie sie sich währenddessen gefühlt hat und welche Folgen sie für sie hatte. Das kann nur die Betroffene selbst definieren. Auf der dritten Ebene beziehen wir auch die Gruppenstrukturen und -dynamiken und gesellschaftliche Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse mit ein, in denen die Gewalt stattgefunden hat.<sup>3</sup>

Gewalt und Diskriminierung können viele Formen annehmen. Genau wie die Ausbeutung der arbeitenden Klasse auf einem System von Unterdrückung beruht und der Zwang zur Lohnarbeit auf den ersten Blick nicht gewaltvoll erscheint, lassen sich auch in anderen, verwandten Arten der Marginalisierung von Gewalt geprägte Muster nicht immer leicht erkennen oder treten nicht als physische Gewalt zutage. Als Die Linke.SDS haben wir ein Verständnis von Gewalt, das mehr Erscheinungen derer einbezieht als nur die rein physische. Außerdem wissen wir, dass Veränderung nur dann entstehen kann, wenn wir kollektiv die Transformationsprozesse anstoßen. Genau dafür wollen wir mit diesem Antrag die Grundlage legen.

Dieser Text bildet daher die politische Leitlinie für die weitere Entwicklung eines Umgangs mit sexistischer und sexualisierter Gewalt in Die Linke.SDS. Bis zum 31. Bundeskongress sollen darauf aufbauend entsprechende Anpassungen der Satzung erarbeitet und dann zur Abstimmung gestellt werden. Die Erarbeitung dieser wird in der Arbeitsgruppe Antidiskriminierung geleistet. Die AG wird darüber hinaus mit der weiteren Ausarbeitung eines Leitfadens zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Gewalt im Verband beauftragt und organisiert weiteren Austausch darüber, innerhalb und außerhalb des Verbandes. Dieser Leitfaden soll ebenfalls auf dem 31. BuKo diskutiert und beschlossen werden. Die AG lädt weiterhin verbandsintern zu ihren Treffen ein, alle Verbandsmitglieder sind eingeladen und insbesondere cis Männer aufgerufen sich hier zu beteiligen. Bundesvorstand und Geschäftsführung sichern die Arbeitsfähigkeit der AG ab.

Die AG verschafft sich weiterhin einen Überblick, z.B. in Form einer Umfrage, über Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen im Verband sowie den aktuellen und den gewünschten Umgang damit. Dies soll eine bessere Einschätzung darüber vermitteln, wie Gewalt im Verband überhaupt vorkommt, was für ein Umgang bisher damit besteht und welcher gewünscht ist, um unseren Umgang damit und den Leitfaden kontinuierlich zu verbessern. Auch nach Inkrafttreten des Leitfadens ist die Arbeit nicht abgeschlossen. Der Leitfaden sowie der Umgang mit diesem muss kontinuierlich evaluiert werden, ein geeigneter Evaluationsprozess wird Teil des Leitfadens sein.

Der Leitfaden sieht vor, eine Ansprechgruppe für Betroffene sexualisierter Gewalt zu gründen. Bis zu einer dem Leitfaden entsprechenden Satzungsänderung, der diesem Anspruch gerecht werden kann, benennt der Bundesvorstand quotiert eine Ansprechgruppe. Die Ansprechgruppe ist überregional ansprechbar für von sexistischer und sexualisierter Gewalt betroffene Genoss\*innen. Sie steht in einem solchen Fall der\*dem

---

<sup>3</sup> Fußnote: für die weitere Auseinandersetzung mit Bedeutung und Grenzen von Definitionsmacht und Parteilichkeit empfehlen wir folgende Lektüre: [https://www.fembooks.de/reACTION-Antisexismus\\_reloaded-Zum-Umgang-mit-sexualisierter-Gewalt-ein-Handbuch-fuer-die-antisexistische-Praxis](https://www.fembooks.de/reACTION-Antisexismus_reloaded-Zum-Umgang-mit-sexualisierter-Gewalt-ein-Handbuch-fuer-die-antisexistische-Praxis)



Betroffenen beratend und moderierend zur Seite und übernimmt für das weitere Vorgehen Verantwortung. Die Unterstützung durch die Ansprechgruppe soll die Handlungsfähigkeit der betroffenen Person fördern und Situationen von Ohnmacht und Hilflosigkeit vermeiden. Die Ansprechgruppe ist vertraulich, agiert ohne zeitlichen Automatismus und ohne, dass ein Prozess in Gang gesetzt werden muss. So sollen sich auch Betroffene, die noch nicht wissen, wie sie mit ihren Erfahrungen umgehen wollen, befähigt fühlen, die Ansprechgruppe zu kontaktieren, um auch schon an diesem Punkt unterstützt zu werden. Politisch finden wir es auch wichtig, der\*dem Betroffenen und den Personen, denen sie\*er sich anvertraut hat, keinerlei Mitschuld am weiteren Verhalten der gewaltausübenden Person zu geben. In diesem Sinne ist der Schutz Dritter für uns kein legitimer Grund den Vorfall gegen den Wunsch der betroffenen Person zu thematisieren, da dies eine moralische Verantwortung der Betroffenen im Umgang mit ihrem Erlebten impliziert.

Die Ansprechgruppe ist auch für gewaltausübende Personen und Menschen, die Vorfälle sexistischer und sexualisierter Gewalt im Verband mitbekommen, ansprechbar. Außerdem fungiert sie als Wissensspeicher. Sie erarbeitet Wissen und Informationen, legt u.a. eine Übersicht mit Kontakten und Adressen von beratenden und unterstützenden Institutionen an. Jeweils hilfreiches gibt sie entsprechend an Betroffene oder Unterstützer\*innen weiter und organisiert in Absprache mit der betroffenen Person weitere Unterstützungs- / und Hilfsangebote. Somit ist die Ansprechgruppe dafür verantwortlich (wenn dies von der betroffenen Person gewünscht ist), einen Prozess in der Ortsgruppe der betroffenen Person anzustoßen, der die Unterstützung der betroffenen Person sicherstellt (z.B. in Form der Bildung einer Unterstützer\*innengruppe), transformative Arbeit mit der gewaltausübenden Person ermöglicht sowie die eigenen Strukturen in den Blick nimmt, die die Gewalt ermöglicht haben.

Alle Informationen von und über Betroffene, die der Ansprechgruppe anvertraut werden, bleiben ausschließlich in der Ansprechgruppe - sofern die betroffene Person nichts anderes klar kommuniziert. Die Mitglieder der Ansprechgruppe dürfen sich intern über die an sie herangetragenen Fällen anonymisiert beraten und sollen sich auch gegenseitig emotional unterstützen. Die Ansprechgruppe richtet sich eine E-Mail-Adresse ein, die auch anonym zu erreichen ist. Dabei besteht die Möglichkeit, nur die FLINTA\*-Personen oder auch gezielt Einzelne in der Ansprechgruppe zu kontaktieren.

## **A7. Awareness-Schulung**

Seit einiger Zeit hat sich im Verband die Awareness-Praxis z.B. in Form eines Awareness-Teams auf den Bundeskongressen und bundesweiten Veranstaltungen etabliert. Bislang fand diese Arbeit größtenteils online statt und ohne professionelle Schulungen.

Wir finden, dass Awareness Arbeit sehr wichtig ist, da sie das Ziel hat, mit allen Beteiligten diskriminierungsärmere soziale Räume herzustellen. Diese Räume zu erlangen, heißt eine solidarische Atmosphäre für alle Beteiligten zu gestalten und Unterstützung zu leisten, wenn ausgrenzendes, übergriffiges Verhalten stattfindet. Gerade während der Präsenzveranstaltungen sollte dies unser Anspruch sein.

Um unsere Praxis auszubauen, organisieren wir ~~uns~~ eine Awareness-Schulung, die von Referent\*innen einer professionellen Initiative durchgeführt wird. Das schließt eine Vorbereitung ein, wo es darum geht ein Workshopkonzept auszuarbeiten, dass an die Bedürfnisse des Verbandes angepasst ist (z.B. Awareness-Arbeit auf dem Bundeskongress, Sommerakademie, bundesweiten und lokalen Veranstaltungen). Die Teilnehmer\*innen der Schulung werden am Ende als Multiplikator\*innen ausgebildet, die das Wissen sichern, den Ortsgruppen als Workshop anbieten bzw. an weitere Genoss\*innen weitergeben.

Dafür beantragen wir 1000 Euro. Dies schließt Fahrtkosten für die Teilnehmer\*innen und Referent\*innen ein, sowie Kosten für die Schulung/Entlohnung der Referent\*innen mit ein.

## **A8. Marxistisch-Feministisches Wochenende**

Nach zwei Jahren Pandemie, die größtenteils von Zoom-Sitzungen geprägt waren, wollen wir die feministische Vernetzung im SDS ankurbeln und im Rahmen eines Vernetzungswochenendes uns mit marxistisch-feministischen Theorien und Praxis auseinandersetzen! Wir wollen uns mit diesem Wochenende an das erste FINTA\*-Vernetzungstreffen im Sommer 2021 anknüpfen, an dem wir mit Genoss\*innen aus dem gesamten Verband in Leipzig zusammengekommen sind und uns gemeinsam marxistisch-feministische Theorie angeeignet und uns gegenseitig vernetzt haben. Diese Vernetzung hat nachhaltige politische Freund\*innenschaften über viele Ortsgruppen hinweg ermöglicht. Wir wollen nicht nur bereits aktive Feminist\*innen im Verband und Genoss\*innen im BAK SozFem, sondern auch neue Genoss\*innen dazu anregen teilzunehmen!

So nehmen wir uns zum einen die Zeit marxistische/sozialistische Feministinnen wie Frigga Haug, Silvia Federici, Nancy Fraser, Rosa Luxemburg oder Donna Haraway kennenzulernen. Zum anderen wollen wir uns auch mit popfeministischer Literatur und deren Zugang zu Feminismus auseinandersetzen. Das wäre zum Beispiel:

- Radikale Zärtlichkeit - Warum Liebe politisch ist von Seyda Kurt
- Untenrum frei von Margarete Stokowski
- Tomorrow Sex Will Be Good Again: Women and Desire in the Age of Consent von Katherine Angel

Darüber hinaus nehmen wir uns aber ganz viel Zeit für den Austausch, Anregungen für künftige Projekte und Praxis im Verband!

Der Bundesvorstand und die Geschäftsführung prüfen dabei die Finanzierung des Wochenendes. Wir beantragen dennoch mindestens 500 Euro für Fahrtkosten und Verpflegung. Zusätzliche Kosten können nachträglich beschlossen werden.

# A9. Erneuerung bedeutet nicht Anpassung: DIE LINKE als sozialistische Partei aufbauen

Die LINKE ist in der BRD die einzige im Anspruch sozialistische Partei, die seit mehreren Jahren eine öffentliche Präsenz und Strahlkraft für sich beanspruchen kann und neue Mitglieder gewinnt. Die Linke ist bundesweit und themenübergreifend organisiert und verfolgt den Anspruch, in einer verbindenden Klassenpolitik Kämpfe um Ausbeutung und Unterdrückung zusammenzuführen. In der LINKEN sammeln sich junge Aktivist:innen, altingesessene Gewerkschafter:innen, überzeugte Kader. Knapp 60.000 Menschen organisieren sich in der LINKEN für einen demokratischen Sozialismus. Das ist viel Wert, auch wenn sowohl über den Weg als auch den Charakter jenes Sozialismus keineswegs Einigkeit besteht.

Wir als SDS können sowohl von der öffentlichen Strahlkraft profitieren als auch von den ideellen und finanziellen Ressourcen, die wir durch die Anbindung an die LINKE haben. Andersrum haben wir aber auch die Möglichkeit auf die LINKE einzuwirken und Erfahrungen, die wir in einem verhältnismäßig kleinen, schnelllebigen und vor allem aktivistischen Verband machen, in die Partei hineinzutragen.

Das ist nicht zwingend einfach, denn die LINKE kann sehr schwerfällig und auch schwer zugänglich sein. Auch angesichts der kürzlichen Wahl- und Mitgliederverluste, internen Streitigkeiten und der Debatten rund um #LinkeMeToo mag es manchen naheliegend erscheinen, die LINKE aufzugeben und stattdessen auf Bewegungen, Gewerkschaften, lokale Strukturen oder sogar Neugründungen linker Parteien zu fokussieren. Wir halten das für falsch. Auch wenn es der LINKEN seit Jahren nicht mehr gelingt, mit einer gemeinsamen Stimme zu den zentralen Themen unserer Gesellschaft zu sprechen, sind wir davon überzeugt, dass es eine starke sozialistische Partei in Gesellschaft und Parlament braucht. Anknüpfungspunkte und Herausforderungen für linke Politik gibt es derzeit genug: Die herrschende Klasse nutzt den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, um ihr Aufrüstungsprojekt mehrheitsfähig durchzusetzen; die damit einhergehende Inflation zwingt mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung sich im Alltag einzuschränken; und die Klimakrise droht weiterhin unsere und die Lebensgrundlage aller, die nach uns kommen, zu zerstören.

Die Zustimmung zu linken Forderungen ist hoch - sie werden nur nicht mit der LINKEN in Verbindung gebracht. [Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung](#) hat herausgefunden, dass das Wähler:innenpotential der LINKEN bei 18% liegt. Die LINKE schafft es aber nicht, dieses Potential zu organisieren und politisch zur Wirkung zu bringen. Bei dem Versuch das zu ändern, können wir als SDS eine gute Rolle spielen. Es ist daher wichtig, dass sich unsere Hochschulgruppen linke Verbündete innerhalb ihrer Kreisverbände suchen, um mit diesen gemeinsam den Austausch über Entwicklungspotentiale der Partei vor Ort zu besprechen und mit voranzutreiben. Leitidee hierbei muss sein, dass Erneuerung nicht Anpassung heißt, sondern eine neue und aufrichtige Radikalität angesichts der

Vielfachkrise fordert. Die LINKE ist gefragt Antworten auf die zahlreichen Krisen und Katastrophen zu liefern, die glaubhaft sind und konkrete Perspektiven bieten, um der angeblichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus die Vision eines demokratischen Sozialismus entgegenzusetzen. Die großen Utopien und Forderungen der LINKEN und Linken erscheinen allerdings oft nicht umsetzbar oder stehen scheinbar im Widerspruch zu einem zunehmenden Bedürfnis nach Stabilität in unsicheren Zeiten - was sich insbesondere in der jungen Generation häufig in der Befürwortung eines pragmatischen Idealismus umschlägt. Stattdessen muss die LINKE es sich stärker zur Aufgabe machen, die Widersprüche in der Krisenbearbeitung der Herrschenden aufzuzeigen und sich in Kämpfe zu begeben, die auf den Aufbau gesellschaftlicher Macht setzen und so langfristig die Produktionsweise und Eigentumsverhältnisse in Frage stellen. Wir brauchen diese Kämpfe, um zusammenzukommen, von- und miteinander zu lernen und Momente kollektiver Ermächtigung zu erleben, in denen Menschen ein Bewusstsein der eigenen Wirksamkeit entwickeln können. Nur daraus kann sich eine echte Organisierung von unten entfalten, die wir brauchen, um Mehrheiten aufzubauen und Kämpfe zu gewinnen.

Wir brauchen die LINKE als den Ort, an dem Menschen aus unterschiedlichen Lebenskontexten und -realitäten zusammenfinden und Partikularinteressen überwinden, um gemeinsam für dieselben politischen Ziele zu kämpfen. Gleichzeitig muss die LINKE stärker zu einem Ort des Lernens werden. Das System, in dem wir leben, ist komplex. Eine historisch-materialistische Analyse der Welt kann uns dabei helfen, den Kapitalismus zu verstehen, seine Widersprüche aufzudecken und Möglichkeitsfenster zu erkennen, in denen sozialistische Politik Wirkmächtigkeit entfalten kann. Zudem brauchen wir einen Ort der Verstetigung unserer politischen Praxis und Debatte sowie einen Ort, der dauerhafte politische Organisierung über das Studium, Bewegungszyklen oder den Arbeitsort hinaus bieten kann. Angesichts des Ist-Zustands der Partei ist das viel verlangt - aber gerade deswegen sind wir als SDS, der an vielen Orten mit diesem Anspruch arbeitet, gefragt, dabei zu helfen die LINKE zu eben diesem Ort zu machen.

Wir verstehen uns als Richtungsverband innerhalb der LINKEN - das macht uns nicht immer beliebt. Umso mehr stehen wir bei diesem Parteitag vor der Herausforderung, mit unseren Delegierten die Ideen, Erfahrungen und Positionen des SDS in die LINKE zu tragen. Der Bundesparteitag wird von zwei großen Themenkomplexen geprägt sein: Der Haltung der Partei zu Krieg und Frieden sowie dem Umgang in den eigenen Strukturen mit Sexismus und sexualisierter Gewalt. Gleichzeitig wird der gesamte Parteivorstand neu gewählt. Ebenso werden verschiedene Ideen für Strukturreformen diskutiert, die zur Erneuerung der Partei beitragen sollen.

Als Delegation von Die Linke.SDS setzen wir uns neben unseren grundlegenden Überzeugungen und hochschulpolitischen Anliegen insbesondere für Folgendes ein:

- **eine klare antiimperialistische Haltung:** Wir lehnen Waffenlieferungen und Sanktionen, die am Ende nur die Bevölkerung verarmen lassen, ab; Wir stehen in klarer Opposition zum russischen Imperialismus, so wie wir in der Vergangenheit und weiterhin auch in Opposition zum Imperialismus der NATO-Staaten standen und stehen. Einer Anpassung unserer außen- und friedenspolitischen Positionen an SPD und Grüne stellen wir uns entgegen. Wir stehen ein für einen Internationalismus,

der Solidarität mit allen Unterdrückten auf der Welt übt - in der Ukraine, in Afghanistan, in Palästina, überall.

- **die Stärkung von FINTA\*:** Zur Aufarbeitung von #LinkeMeToo gehört in erster Linie der Aufbau von Strukturen und Anlaufstellen, die Betroffene unterstützen, Fälle aufarbeiten und Präventionsarbeit leisten können. Feministische Partei sein heißt darüber hinaus aber auch, FINTA\* jenseits der formalen Quotierung zu fördern. Junge Aktivist:innen gehören nicht in zahlreiche Gremien integriert, sondern müssen Zeit zum Lernen haben und dabei entlang ihrer Stärken und Schwächen gefördert werden.
- **Weiterentwicklung des ökosozialistischen Profils:** Ökologische und soziale Frage sind eng miteinander verknüpft. Der Kampf gegen die Klimakrise kann nur im Konflikt mit dem globalen Kapitalismus vorankommen. Ökosozialistische Schwerpunktsetzungen müssen stärker Einzug in die Öffentlichkeitsarbeit der Partei erhalten, der Aufbau von Klimabewegung und gewinnbaren Kampagnen in den Fokus unserer Arbeit gerückt werden. (Die zentrale Bedeutung dieses Themenfeldes, gerade auch für Menschen mit geringem Einkommen, bestätigt auch die genannte Studie der RLS.)
- **den Aufbau einer lebendigen Partei:** Die einzige Stärke, die die sozialistische Bewegung haben kann, liegt in der Aktivität von Massen, dem Einsetzen der Vielen für konkrete Veränderungen und eine andere Welt. Der Partei- und Bewegungsaufbau bundesweit wie vor Ort hat daher Priorität vor Sharepics und Talkshows. Dazu gehört auch eine Stärkung der Parteidemokratie, die unter anderem dadurch erreicht werden könnte, dass auch die Fraktion sich in ihrer Politik den Beschlüssen und Voten der Partei fügt.
- **die Unterstützung von Kandidat:innen des linken Flügels:** Wir finden, dass Janine erneut Parteivorsitzende werden sollte und freuen uns, dass mit Janis ein ehemaliger SDS-Geschäftsführer für das Amt des Bundesgeschäftsführers unserer Partei kandidiert.

Dieser Parteitag wird richtungsweisend, er kann den Grundstein für eine mögliche Erneuerung der LINKEN setzen. Wir wollen uns als junge Marxist:innen präsentieren, die sich anhand gemeinsamer Interessen organisieren, dabei einen zweckmäßigen Umgang mit Parlamenten und Gremien haben und durch gemeinsame Bildung und Debatte ein Verständnis der aktuellen Krisen entwickeln und daraus ein gemeinsames Handeln ableiten können. All diese Punkte stehen in einem starken Gegensatz zur Arbeit der LINKEN, die ihren politischen Alltag entlang von Wahlen und Sitzungskalendern organisiert und gleichzeitig Pluralismus als Gegenkonzept zu demokratischer Verbindlichkeit versteht. In der Konsequenz führt dies dazu, dass die LINKE einen starken Fokus auf Mandatsträger:innen statt auf Bewegung legt, was wiederum Einzelnen unverhältnismäßig viel Einfluss gibt und strukturell unterdrückerische Machtverhältnisse fördert. Die Zusammenarbeit mit Bewegungen wird im Wahlkampf zur Werbeveranstaltung und missglückte Öffentlichkeitsauftritte von sich profilierenden Einzelpersonen dominieren die innerparteiliche Debatte. Dies sind der Partei inne liegende strukturelle Probleme, die wir auf keinem Bundesparteitag lösen werden. Denn keine lebhaft kollektive Praxis ohne lebhaft Basis. Wir haben im SDS bereits eine lebhaft politische Praxis, die den Fokus auf das Kollektiv, Bewegung und Weltveränderung durch Macht von unten legt. Wir verfolgen den Anspruch, innerverbandliche Probleme kollektiv aufzuarbeiten und es gibt die Möglichkeit, als Basismitglied

diese anzugehen und dabei Unterstützung vom Verband zu erhalten. Wenn wir dieses politische Grundverständnis auch in die LINKE tragen können, würde das den Charakter der gesamten Partei von einer sozialdemokratischen hin zu einer sozialistischen Partei prägen. Dies ist eine große Aufgabe, aber auch eine Chance und Grund genug, um weiterhin mit, in und um die LINKE herum zu arbeiten.

## **A11. Antragstitel: Rhetorik-Workshop zur Selbstermächtigung von Genoss\*innen in Debatten**

1. Die Veranstaltung eines Workshopwochenendes für Rhetorik und Argumentationstraining, welches die Selbstermächtigung von FINTA\*s (Frauen, Inter, Nicht-binäre, Trans\* und Agender Menschen) und die Diversitätssteigerung von politischen Debatten in seinen Mittelpunkt stellt.
2. Die Finanzierung des Workshops und die Erstattung von Reisekosten für die Teilnehmenden und Referierenden.
3. Das Übertragen der Planung an ein Organisationsteam, welches allen Interessierten offensteht.

## **A12. Entlastungspaket für Studierende - Jetzt!**

- Dass ein soziales Entlastungspaket für Student\*innen eine der zentralen Forderungen und Kernthemen der Arbeit in den kommenden Semestern sein soll.
- Das Entlastungspaket soll mindestens, aber nicht ausschließlich, folgende Forderungen enthalten:

Studierendenwerke sind erkämpfte Institutionen zur kollektiven Organisierung der sozialen Grundlage für ein emanzipatorisches Studium in gesellschaftlicher Verantwortung. Deswegen kämpfen wir um den massiven Ausbau der Finanzierung und Demokratisierung von Studierendenwerken und eine Abkehr der HartzIV-Ideologie als Kampf um den Ausbau des Sozialstaats zur sozialen und kulturellen Teilhabe Aller.

1. Mensapreise senken

Die Mensa ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge für prekarierte Student\*innen. Zwischen Vollzeitstudium und Nebenjob haben viele kaum die Möglichkeit, sich im

stressigen Unialltag eine warme Mahlzeit zuzubereiten - geschweige denn, die Mittel, um regelmäßig in Restaurants oder Bistros etwas zu Essen zu holen. Mensapreise müssen also bundesweit gesenkt werden. Die Landesregierungen müssen die Studierendenwerke finanziell so ausstatten, dass sie ihrem Auftrag, für das soziale und finanzielle Wohl der Student\*innen zu sorgen, nachkommen können. Der jahrelange Sparkurs muss ein Ende haben!

## 2. Mietkostenpauschale

In nahezu allen Universitätsstädten explodieren seit Jahren die Mieten; viele Student\*innen zahlen horrende Beträge, für bestenfalls mittelmäßige WG-Zimmer oder Mini-Apartments am Rande der Stadt. Dagegen muss öffentlicher, sozialer Wohnungsbau, wie Studierendenwohnheime, mit niedrigen Mieten und demokratischer Gestaltung dauerhaft ausgebaut werden. Deshalb ist eine elternunabhängige Mietkostenpauschale, die sich am BAFÖG-Höchstsatz von derzeit 325€ orientiert, einzurichten! Mittel- und langfristig muss die allgemeine Senkung der Mietpreise bzw. die Abschaffung des Privateigentums an Immobilien zu profitorientierten Zwecken im Fokus stehen.

## 3. Energiekostenpauschale

Die Energiekostenpauschale des Bundes ist derzeit nur für die 12% der Student\*innen zugänglich, die trotz bürokratischer Schikane BAFÖG-berechtigt sind. Diese muss elternunabhängig und allgemein für alle Student\*innen gelten, da wir alle heizen müssen und wir alle Energiekosten haben, die bei den derzeitigen Preissteigerungen für viele nicht mehr tragbar sind. Deswegen kämpfen wir um eine wirksame Energiepreisbremse und die Vergesellschaftung der Energiekonzerne, für die demokratische, soziale Gestaltung der Energiewende.

## 4. Kostenloser ÖPNV

Für den sozial-ökologischen Umbau ist die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Student\*innen eine zentrale Forderung. Das 9€-Ticket ist ein erster, kleiner Schritt dahin, allerdings ist bereits abzusehen, dass ab Ende der Gültigkeit dieses Angebots die Preise des ÖPNV drastisch erhöht werden. Dies darf nicht passieren!

- Die Basisgruppen sind angehalten, diese Forderungen zu diskutieren und nach ihren Präferenzen und Notwendigkeiten zu erweitern. Des Weiteren sind sie angehalten, mit geeigneten Aktionsformen Öffentlichkeit unter den Student\*innen für die Forderungen zu generieren. Mittelfristiges Ziel ist die Organisation der Student\*innen im Sinne ihrer Interessen, um Druck auf Landes- und Bundesregierung ausüben zu können.
- Der Bundesvorstand und die 'GruKa' unterstützen die Basisgruppen bestmöglich bei ihren Aktionen. Der Bundesvorstand bemüht sich außerdem darum, dass das Entlastungspaket auch auf Bundesebene verhandelt wird. Er wird seine Ressourcen, Kontakte und Position nutzen, um die öffentliche Debatte auf dieses Thema zu lenken.

# A13. #wirsindnochda! Für eine unabhängige und starke Studischaft - Eine hochschulpolitische Kampagne des SDS Hessen

- Der Bundesverband ruft zur Beteiligung und Unterstützung durch interessierte Basisgruppen, sowie zur Öffentlichkeitsarbeit an der hochschulpolitischen Kampagne "Wir sind noch da! – Für eine unabhängige und starke Studischaft" des SDS Hessen auf.

"Ob sie es will oder nicht - die Universität nimmt mit ihrer Arbeit Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf die sozialen und politischen Machtverhältnisse." – SDS Hochschuldenkschrift „Hochschule in der Demokratie“, Einleitung Hochschule und Gesellschaft, 1961.

Zwei Jahre wurden wir Studierende wegen Corona ins Digitale verbannt und politisch ignoriert. Währenddessen haben sich unsere Studien- und Lebensbedingungen verschlechtert: Finanzielle Nöte, hohe Leistungsanforderungen und soziale Isolation haben uns auf die Gesundheit geschlagen und das Studium erschwert. Mit der Energiekrise und der damit verbundenen Inflation entzündeten sich umso mehr die angestauten Probleme an den Hochschulen:

Unterfinanzierung, Prekarisierung der Angestellten und Sanierungsstau werden zu existenziellen Problemen. Raum- und Personalmangel werden stellenweise notdürftig mit einer Fortsetzung der digitalen Lehre kaschiert. Mensapreise explodieren und Kantinen werden teilweise geschlossen. Die im Corona-Krisenmodus verschärfte Entdemokratisierung der Hochschulen hindert uns zusätzlich an einer gemeinsamen Lösung der Probleme. Undurchdachte Präsidiumshandlungen, Kleinhaltung der paritätischen Gremien und allgemeine politische Apathie an den Hochschulen lähmen den Betrieb und bringen kostspielige Fehlentscheidungen hervor.

Unter diesen Bedingungen können wir weder zu guten Wissenschaftler\*innen werden, noch einen Beitrag zur Lösung der Probleme unserer Zeit leisten. Wie könnten kritische Humangeograf\*innen beim sozialökologischen Umbau von Städten und Verkehr helfen? Wie würden kritische Ökonom\*innen die Inflation bekämpfen, ohne es auf die Lohnabhängigen abzuwälzen? Was könnten kritische Geisteswissenschaftler\*innen gegen die Vereinseitigung und Aufpeitschung der öffentlichen Meinung tun?

All das und vieles mehr – aber wir, die angehenden Wissenschaftler\*innen, kommen zu alledem kaum, weil wir uns mit leeren Geldbeuteln, Mietrückständen, Krediten, überfrachteten Studienordnungen, digitaler Überreizung, politischer Marginalisierung und



sozialer Geringschätzung herumschlagen müssen. So können und wollen wir nicht arbeiten! Wir von DieLinke.SDS haben genug vom ignoranten „Weiter so!“

"Da in der Hochschule nicht nur eine „Sache“ (Wissenschaft) verwaltet wird, sondern ein Zusammenwirken von Personen in den Einrichtungen und Arbeitsstätten an einer Sache konstituiert wird, obliegt der Hochschule in einer sozialen Demokratie als organisiertem gesellschaftlichem Teilbereich auch die Regelung und Organisation des kooperativen und sozialen und politischen Interessen im gesamtgesellschaftlichen Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung, und zwar gegenüber anderen gesellschaftlichen Kräften wie auch gegenüber dem Staat." SDS Hochschuldenkschrift „Hochschule in der Demokratie“, III.7.4. Hochschule und Demokratie, 1961

Wir fordern daher:

- ein soziales Entlastungspaket für Studierende
- die staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen
- eine allgemeine, landesweite/bundesweite Entlastung in den Studienbedingungen
- eine Demokratisierungsoffensive an den Hochschulen
- eine Einbeziehung und Mobilisierung der Studierendenschaft zur Bewältigung der Krisen

Zur Durchsetzung unsere Belange und jener der Kolleg\*innen im Mittelbau, in der kritischen Professor\*innenschaft und bei den technisch-administrativen Angestellten wollen wir mit einer Kundgebung vor dem Hessischen Landtag am 12.07.22 einen Auftakt setzen. Um unseren Hochschulen den Weg freizumachen für einen wirklichen Beitrag zur Emanzipation der Einzelnen und Vermenschlichung der Verhältnisse.

Schluss mit dem schweigsamen Aussitzen der Krise!

Raus auf die Straße, rein in die Gremien – und her mit den guten Studienbedingungen!

## **A15. Verbandszeitung stärker im Verband verankern!**

(1) Mit der Erweiterung um eine eigenständige Website entwickelt sich auch die Rolle unserer Verbandszeitung, die *critica*, weiter. Mit ihr schaffen wir mehr Sichtbarkeit und Gehör für die Breite der Positionen und Aktivitäten aus dem Bundesverband. Aktiven und Ortsgruppen verwenden sie als Plattform, um:

(A) Positionen zu präzisieren und darzustellen

(B) von der Gruppenpraxis zu berichten

(C) strategische Überlegungen zu erläutern und Kontroversen produktiv anzugehen

(D) Debatten, die innerhalb des Verbands ausgetragen werden, weiterzuentwickeln

(E) stärker in die Debatten der gesellschaftlichen Linken zu intervenieren

Beiträge aus dem Verband werden wie schon gewohnt vom BAK critica redigiert, veröffentlicht und verbreitert. Es wird darauf geachtet der Pluralität an Positionen im Bundesverband gerecht zu werden, ohne in Beliebigkeit zu verfallen. Als Rahmen zur Beurteilung von Textvorschlägen dienen der Redaktion zwei Faktoren: Einerseits das erklärte Selbstverständnis der Redaktion; andererseits die Beschlüsse des SDS Bundeskongress.

- (2) Der BAK critica setzt sich dafür ein, mehr Genoss\*innen zum Schreiben zu ermutigen, und die Schreibfähigkeiten im Verband weiter zu fördern.
- (3) Der Bundesvorstand berät sich in Rücksprache mit dem BAK critica, ob längerfristig für Verbandsdebatten die critica selbst verwendet wird oder ein neues Format (bspw. Blog oder Forum) eingerichtet wird.

## A16. Aufbruch der Klimabewegung

**Antragssteller\*innen:** Lucie Hammer, Lea Knoff, Nathalie Steinert, Tina Krawczyk, Karla Zierold (alle SDS Leipzig), Luca Greiner (SDS Bremen), Tobias Kratz (SDS Darmstadt), Aron Schröter, Julius Paul, Josina Heidel (alle SDS Hannover), Ronja Kunz (SDS Köln), Max Schwenn, Rika Müller-Vahl (beide SDS Berlin), Margarita Kavali (GeFü, SDS Nürnberg), Mo Menzel (SDS Bonn), Leon Burghardt (SDS Freiburg), Christoph Macholdt (SDS Ilmenau)

*Der Bundeskongress möge beschließen:*

- Alle SDS Mitglieder werden angeregt den System Change in ihre Ortsgruppen zu tragen und dafür in den Städten mobilisieren. Dafür kann der vom Vorbereitungsteam vorbereitete Mobivortrag genutzt werden, um alle Genoss\*innen zum Kongress einzuladen.
- Die LINKE wird aufgefordert, den System Change finanziell und politisch zu unterstützen und dementsprechend Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- In Abstimmung mit dem Vorbereitungsteam beschließt der Bundesvorstand ein Budget, um eine Delegation zum Kongress des FFF-Bündnisses "Interregionale" vom 29. Juli - 04. August 2022 zu entsenden.

# **A17. Für eine demokratische, soziale & zivile Zeitenwende statt 100 Mrd. für Militarisierung, Aufrüstung und Krieg!**

Der zivilgesellschaftliche Protest aus Friedens- und Antifa-Bewegung, Kultur und wissenschaftlichen Einrichtungen gegen das 100 Milliarden Euro Aufrüstungspaket nimmt aufgrund von konsequentem und ermutigendem Friedensengagement zu und entfaltet zunehmend Druck: Die Aufrüstung Deutschlands zur militärischen Großmacht ist grundfalsch, – aus der Geschichte lernend – hochgefährlich, gegen die nötige zivile, soziale und demokratische Entwicklung gerichtet und zu verhindern. So wächst die Reihe der Neinsager\*innen, auch im Bundestag und Bundesrat. Um die aktive Ablehnung auszuweiten, das Aufrüstungspaket zu stoppen, für den Sozialstaatsausbau umzuwidmen und die Militarisierung zu beenden, ist DIE LINKE.SDS aktiver Teil der Friedensbewegung, sowie dezentraler und bundesweit zentraler Aktionen.

Der gesellschaftliche Widerspruch zwischen Möglichkeit und Realität wird herrschenderseits mit der beabsichtigten Militarisierung und der machtpolitischen Durchzockerei vertieft. Wir nehmen diese Herausforderung an, indem wir die Kämpfe für eine bedarfsgemäße Finanzierung der Wissenschaft zum Allgemeinwohl als Teil eines gut ausgebauten Sozialstaats auf neuem Niveau in Gegnerschaft zu dem Aufrüstungspaket erweitern: Rüstungs- und Kriegspolitik waren immer und sind ein Antagonismus zur Kultivierung der Gesellschaft, zu sozialer und ziviler Entwicklung. Wir setzen auf Internationalismus, Völkerverständigung, demokratische und soziale Wohlfühlentwicklung und eine humanistische Kultivierung des Lebens aller – gerade jetzt in den Hochschulen, in denen die Militarisierung mit Drittmitteln der wissenschaftlichen Arbeit ebenfalls droht und mit Friedenswissenschaft zurückgedrängt werden muss. Zur Realisierung des Menschheitsinteresses an Friedensentwicklung bilden wir Bündnisse in den Hochschulen, mitgliedergruppenübergreifend, mit gesellschaftlichen Akteuren.

Wir greifen unser internationalistisches, antifaschistisches, friedensbewegtes Vermächtnis auf: Die Studierendenbewegung 1967ff. wirkte mit ihrem humanistischen Engagement gegen (Vietnam-)Krieg, Restauration und faschistischen Kontinuitäten für die umfassende Realisierung der Konsequenzen aus 1945: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Das ist aktueller Auftrag bis heute, auf besseren Grundlagen, für Frieden, soziale Entwicklung und die Demokratisierung von Gesellschaft und Bildungsinstitutionen. Es braucht Beginner:innen!

In diesem Sinne unterstützt, verbreitet und beteiligt sich DIE LINKE.SDS zur bundesweiten Friedensdemo mit dem folgenden Aufruf unter dem Titel „Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende“ am 02.07.2022. Wir unternehmen diese Aktivität als Beginn und Aufbruch für eine bundesweite Friedensarbeit.

Alle Genoss:innen und SDS-Gruppen sind aufgerufen und ermutigt,

- den Demoaufruf in Mensa- und Studierendenwohnheim-Verteilung, in Seminaragitation und Infotischen auf dem Campus zu verbreiten,
- vor Ort Bündnisse mit Mitstreiter:innen aus dem Bündnis „Jugend gegen den Krieg“ und Friedensbewegungen für gemeinsame Mobilisierung, Anfahrt (ggf. mit Bussen, und/oder 9-Euro-Ticket) und dauerhafte Friedenszusammenarbeit zu suchen,
- Unterstützungsanträge in die Gremien der Verfassten Studierendenschaft, auch für infrastrukturelle und finanzielle Unterstützung, einzubringen.

Der SDS-Bundesvorstand möge diese Aktivitäten tatkräftig befördern und unterstützen. Wir beteiligen uns an den Kosten zum Mobilisierungsmaterialdruck.

-----  
Aufruf zur bundesweiten Demonstration am Samstag, den 02.07.2022 um 14 Uhr, in Berlin

### **Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende statt für Aufrüstung**

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“ (Albert Einstein, 1933)

Wir – Friedensbewegte in der BRD aus der ganzen Welt – rufen dazu auf, das angekündigte Aufrüstungspaket von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz gemeinsam zu stoppen und für die Umwidmung der Mittel zum Ausbau des Sozialstaats zu kämpfen. Die Aufrüstungspolitik ist grundfalsch, hochgefährlich und zynisch, weil sie bedeutet, die gesellschaftliche Krise mit Militarismus zu beantworten statt mit sozialem Fortschritt zur Mehrung des Allgemeinwohls. Rüstungs- und Kriegspolitik stehen immer im Gegensatz zur solidarischen Kultivierung der Gesellschaft. Deswegen engagieren wir uns stattdessen für massive öffentliche Investitionen und dauerhafte Ausgabenerhöhungen für Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und Klima – zur zivilen, demokratischen und sozialen Wohlfahrt weltweit.

### **Die Waffen nieder!**

Den Krieg in der Ukraine wird diese Aufrüstung weder stoppen noch verkürzen. Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert sie weiter. Auch geht es bei dem Aufrüstungspaket nicht um Landesverteidigung, sondern um national eigenständige Kriegsbefähigung. Die auf der Einkaufsliste stehenden F35-Tarnkappenbomber und Drohnensysteme sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem die atomare Teilhabe versteinigen. Dagegen ist der einzige Weg zum Frieden: Abrüstung, Deeskalation, internationale Diplomatie und soziale Gerechtigkeit weltweit!

### **Nie wieder Krieg!**

Aufrüstung gehört nicht ins Grundgesetz. Im Gegenteil: Als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, sowie als Schlussfolgerungen aus der Befreiung vom deutschen Faschismus, flossen ins Grundgesetz das Gebot zum Frieden, zu Gewaltverzicht, Völkerverständigung, Asylrecht und Sozialstaat ein: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche

Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig“ (Art. 26). Ein bis heute und für heute gültiges Entwicklungsprogramm, damit nie wieder Krieg von Deutschland ausgehe!

### **Gemeinsame Entwicklung statt Aufrüstung**

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden und Sicherheit gibt es nur gemeinsam, nicht gegeneinander! Das Potential für zivile, demokratische und soziale Wohlfühlentwicklung für alle ist vorhanden. Eine gerechte Ressourcenverteilung würde die Hungerkrisen insbesondere im globalen Süden beenden; der Umstieg auf erneuerbare Energien für eine nachhaltige Klimapolitik ist technologisch möglich; eine umfassende Gesundheitsversorgung kann für alle gewährleistet und solidarische Entfaltung durch vernünftige Arbeit, soziale Sicherheit und demokratisch-offene Bildung und Kultur für Alle geschaffen werden. All dies erfordert globale Kooperation, demokratische Aushandlung und kluge Investitionen für die gemeinsame Lösung von Problemen.

### **Gemeinsam sagen wir NEIN zur Aufrüstung und JA zur Zukunft!**

Das Aufrüstungspaket ist gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung weltweit gerichtet. Es geht einher mit gesteigert unsozialer und autoritärer Politik, mit Nationalismus und Chauvinismus. Die ohnehin enorme Ungleichheit wächst weiter. Profiteure sind einzig die Chefetagen von Banken und Rüstungskonzernen. Statt dieser destruktiven Hinterzimmerpolitik braucht es eine tatsächlich demokratische, zivile und soziale Zeitenwende – hervorzubringen von uns Allen in Gewerkschaften, Schüler:innen- und Studierendenvertretungen, Friedens-, Antifa-, Umwelt- und sozialen Bewegungen, in Kirche und Kultur-, Bildungs-, Sozialeinrichtungen, sowie in Parteien. Allein mit je 20 Milliarden in die öffentliche Energie- und Verkehrsinfrastruktur, in die Sanierung von Schulen und Hochschulen, in den personellen Ausbau des Gesundheitswesens, in sanktionsfreie soziale Mindestsicherungen und in die Förderung von Museen, Theatern, Kinos und Bücherhallen würde ein notwendiger Schritt zur Lösung der vordringlichsten Probleme der Mehrheit getan. Wir rufen daher auf, eine solche Kehrtwende gemeinsam durchzusetzen! Kommt zur bundesweiten Demonstration am Samstag, den 02.07.2022, in Berlin! NEIN zur Aufrüstung – JA zur zivilen, solidarischen Entwicklung!

[www.zivileZeitenwende.de](http://www.zivileZeitenwende.de)

## **A18. Gegen „Long-Lockdown“: Zur (Wieder-)Belebung der studentischen Politik, der Hochschulen und der gemeinsamen Aktivität**

Hochschulen sind Begegnungsorte von Vielen und für Vieles, im guten Fall offen und für die Gesellschaft. Sie sind erkämpfte Orte der Völkerverständigung und des tätigen Lernens für die Veränderung und vor allem Verbesserung der Welt. Sie sind Orte der Bildung demokratischer Persönlichkeiten. Die weitgehende Schließung der Hochschulen in den

letzten zwei Jahren durch die Lockdown-Politik war und ist verheerend, weil wir als Hochschulmitglieder die persönliche und gemeinsame Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit an der zivilen, sozialen, nachhaltigen und demokratischen Entwicklung der Welt nicht umfassend gut, produktiv und kooperativ wahrnehmen konnten. Als dielinke.SDS wollen wir die erwirkte Wieder-Öffnung des Campus-Lebens demokratisch gestalten und solidarisch wiederbeleben. Wir treten dafür ein, dass die Hochschulen geöffnet bleiben, auch bei möglicherweise steigenden Corona-Infektionszahlen im Winter 2022/23, und die Präsenz in Lehre, Bildung, Wissenschaft und auf dem Campus beibehalten und weiter ausgebaut wird. Einen erneuten Lockdown insbesondere der Bildungseinrichtungen darf es nicht geben. Die Eindämmung hat schwerwiegende Folgen hinterlassen, die wir gemeinsam überwinden müssen.

### **Präsenz ist wichtig für emanzipatorische Bildung und gemeinsames Lernen**

Der Mensch ist ein soziales, ein vernunftbegabtes und empathiefähiges Wesen, das den direkten, kooperativen Austausch sucht, braucht und entwickelt. Bildung ist ein sozialer Prozess, bedeutet Persönlichkeitsentwicklung. Sie gelingt durch soziale Begegnung und die persönliche Auseinandersetzung mit anderen Personen, Positionen, Haltungen und Kulturen. Die Unterbrechung der Sozialkontakte im Lockdown hatte katastrophale Auswirkungen auf die kulturelle und psychische Verfassung aller Bildungssubjekte, mit noch nicht absehbaren Langzeitfolgen. Deswegen kämpfen wir für egalitäre Lern-Lehr-Verhältnisse mit Augenkontakt und auf Augenhöhe aller Hochschulmitglieder. Sowieso und gerade unter den Bedingungen des Stresses einer Pandemie muss vermehrt auf Eröffnung statt auf Verengung gesetzt werden. Statt der Verbannung der Lehre ins Digitale wirken wir für die erhebliche Reduzierung von Prüfungen, mehr gemeinsames Lernen in Seminaren und Kleingruppen statt Frontalunterricht, mehr reale Flächen und Räume für die Hochschule statt Zoom und Homeoffice.

### **Präsenz ist wichtig gegen die geschürte Angst zur Entwicklung von Solidarität**

Begegnung ermöglicht Solidarität. Die Eindämmungen der vergangenen Jahre haben erhebliche negative soziale Folgen nicht zuletzt für Studierende, die soziale Spaltung wurde enorm vertieft. Die aktuelle Inflation verschärft dieses Problem. Soziale Kontakte, auch Zufallsbegegnungen in Mensen, im Flur und auf dem Campus, ermöglichen den gemeinsamen Austausch über persönliche Probleme, die Erkenntnis ihrer überindividuellen Ursachen und gesellschaftlicher Entwicklungserfordernisse und sind Ausgangspunkt gemeinsamer Organisation für die Durchsetzung sozialer Interessen.

### **Präsenz ist wichtig für kritische Wissenschaft und Diskussion gegen Mainstream und Konformität**

Lebendige diskursive öffentliche Hochschulen sind ein zentraler zivilgesellschaftlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Sie tragen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Rationalisierung von Entscheidungen bei, haben einen öffentlichen Bildungsauftrag für die kritische Urteilsfähigkeit der Bevölkerung und sind Ort demokratischer Aushandlungsprozesse. Diese Bedeutung zeigt sich gerade in Krisen und bedarf für ihre volle Entfaltung der Präsenz und gemeinsamen Begegnung. Es ist antifaschistische

Konsequenz und unser Grundrecht auf Bildung und auf Freiheit der Wissenschaft, die Grund- und Menschenrechte zu verwirklichen. Offene Hochschulen sind wirksamer demokratisierender Faktor gegen Rechts!

### **Der Schritt vor die Tür: Vorwärts!**

Die Eindämmung warf ein Licht auf das zermürbte Gesundheitssystem, die ungleichen sozialen Lagen in der Gesellschaft, die Mängel der sozialen Sicherungen, die Verwirrtheit in manchen Köpfen, den Mangel an Demokratie, die Langeweile des Sofas und die Isolation des Home-Office. In der massiven Einschränkung ist die Bedeutung für eine demokratische, zivile und soziale Entwicklung der umfassenden Realisierung der Grundrechte deutlich geworden. Dazu sind Bewegung, solidarische soziale Kontakte und die Abwesenheit von materieller Not und Angst wesentlich für ein gutes Immunsystem, welches im Kampf gegen Krankheiten die beste Grundlage ist, mit Impfungen, Medikamenten und einer umfassenden Gesundheitsversorgung.

### **Deswegen kämpfen wir als dielinke.SDS für...**

... die frühzeitige Planung von Infrastruktur und -kultur sorgfältiger Präsenz-Hochschulen im Wintersemester.

... die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte durch die Entwicklung eines und Investitionen in ein emanzipatorisches Gemeinwesen statt Grundrechts-Lockdown.

... die sofortige globale Freigabe der Impfpatente.

... die massive Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden und die politisch-psychologische Aufarbeitung des kollektiven Lockdown-Traumas.

## **A19. Die Waffen nieder! Für zivile Wissenschaft überall – jetzt erst recht!**

*„Unsere Waffen seien Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“*  
Albert Einstein, 1932.

*„Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte.“*  
Carl von Ossietzky, in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931.

Es gibt nichts Unmenschlicheres und Zerstörerischeres als Krieg. Wie kaum ein anderes Beispiel lehrt uns das die deutsche Geschichte der letzten rund 100 Jahre, in dem zwei Weltkriegen entfesselt, immer wieder aufgerüstet und Lebensgrundlagen zerstört und Menschen umgebracht wurden. Aus dieser Erfahrung heraus ist unser humanistischer Auftrag bis und akut für heute: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Wir verurteilen, wie jeden

Krieg, den Angriffskrieg der russischen Armee in der Ukraine. Er ist völkerrechtswidrig, unmenschlich und brutal. Er lässt die Gefahr einer atomaren Konfrontation ansteigen. Aus diesen Gründen muss dieser Krieg sofort beendet und angerichtete Schäden beglichen werden. Unsere Solidarität gilt den friedensbewegten Aktiven und den Opfern dieses Krieges sowohl in der Ukraine als auch in Russland, wie überall auf der Welt.

Als Friedensbewegte wissen wir: Dieser Krieg lässt sich nur mit Vernunft beenden. Nur Frieden schafft Frieden! Statt mit stetiger Aufrüstung, Abschottung und Sanktionspolitik die Eskalationsspirale nach oben zu treiben, muss Deeskalation auf der Tagesordnung stehen. Diplomatische Verhandlungen unter der Vermittlung der Vereinten Nationen müssen schnellstens aufgenommen werden. Es muss ein Weg beschritten werden, bei dem die Interessen aller Seiten gewahrt werden und sich eine Kultur des Respekts, der Völkerverständigung und des Allgemeinwohls entwickeln kann. Der Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems auf Grundlage der OSZE unter Einbeziehung Russlands, das sich dem Ziel der vollständigen Abrüstung und einer neuen Verbindlichkeit des globalen Völkerrechts verschreibt, ist dringender denn je. Nur so können ein dauerhafter Frieden und die souveräne wirtschaftliche und soziale Entfaltung der Bevölkerung in allen Ländern auf Grundlage kooperativer Beziehungen gewährleistet werden.

Eine Welt des Friedens in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist möglich. Die Schaffung dieser Welt liegt in unseren Händen – in den Händen der solidarisch verbundenen Studierenden, Kolleg:innen, Aktiven aller Länder.

Gerade in dieser Situation können und müssen die Hochschulen ihrer gesellschaftlichen und erkämpften Verantwortung gerecht werden, auf eine solidarische, menschenwürdige und friedliche Welt hinzuarbeiten. Die Hochschulen existieren nicht abseits des Weltgeschehens. Wissenschaft findet in der Gesellschaft, und Gesellschaft in der Wissenschaft statt – und unserem Anspruch nach für das Allgemeinwohl. Hochschulen dürfen keine Orte des Krieges sein, sie müssen Orte der Friedensentwicklung sein. Ein gutes Leben für alle ohne Krieg, Armut, Hunger und Verfolgung in Würde zu verwirklichen, ist die Aufgabe und Möglichkeit unserer Zeit. Die Pflicht der Hochschulen muss es daher sein, ihre Wissenschaft im Dienste einer allgemeinen Verbesserung des menschlichen Daseins zu betreiben.

Freilich ist dies nur dann möglich, wenn Hochschulen ausschließlich antimilitaristische Wissenschaft betreiben – in Gegnerschaft zum finanziellen und ideologischen Einfluss des Militärs und der Waffenlobby. Denn für Kriege gibt es Gründe. Dieser Kapitalismus ist geprägt von Konkurrenz zwischen Großmächten um Einflussphasen, von Freihandel, von der globalen Konkurrenz der Großkonzerne auf der Suche nach Rohstoffen, von Freihandel, von Unterdrückung und von neokolonialer Ausbeutung. Hauptsächlich vorangetrieben wird diese menschenfeindliche internationale Politik von den wirtschaftlich mächtigsten Staaten, die im Militärbündnis der NATO versammelt sind, und die USA als ihre Hauptmacht. Seit Jahren versucht die ökonomisch und ideologisch strauchelnde Großmacht ihren Abstieg aggressiver zu verteidigen: durch Interventionen und selbstmandatierte Militäreinsätze in aller Welt, Ausweitung der NATO, gigantische Aufrüstung und Aufkündigung von Abrüstungsverträgen. Das Mittel der Sanktionen wird zugespitzt zum erheblichen



Schaden der Bevölkerung angewendet sowie „Regime Change“-Politik immer wieder forciert. All das hat das Klima in den internationalen Beziehungen vergiftet.

Die Kernpfeiler des neoliberalen und neokolonialen Kapitalismus stehen im deutlichen Widerspruch dazu, wofür wir Sozialist:innen auch an den Hochschulen kämpfen: eine zivile, soziale, demokratische und gesellschaftsverantwortliche Bildung, Forschung und Wissenschaft. Wir wenden uns prinzipiell gegen das Denken und Handeln in Kategorien von Abschreckung und Drohung.

Auf Basis dessen versteht sich Die Linke.SDS als aktiver und richtungsgebender Teil der Friedensbewegung. An den Hochschulen umfasst unser Kampf für die Beendigung aller Kriege und die Überwindung von Hunger, Zerstörung und Tod:

### **Rein zivile Wissenschaft: Unterstützung der Zivilklausel-Initiativen an den Hochschulen**

*„Mit den Waffen des Geists gegen den Geist der Waffen!“*

Martin Löwenberg

In zahlreichen Städten haben sich aus den Erfahrungen und Ergebnissen zweier Weltkriege und des kalten Krieges an den Hochschulen Initiativen gegründet, die für die Selbstverpflichtung der Wissenschaftseinrichtungen, eine ausschließlich zivile und friedensorientierte Wissenschaft zu betreiben, kämpft. An vielen Standorten hatten solche Initiativen bereits (Teil-)Erfolge, aus denen wir lernen und Mut schöpfen können, die Kämpfe in den einzelnen Städten weiterzuführen. Hatten im Jahr 2008 12 Hochschulen sich bundesweit einer friedlichen Wissenschaft verpflichtet, sind es mittlerweile über 60 Hochschulen mit Zivilklauseln. Als bundesweiter Verband können wir einen ständigen Erfahrungsaustausch ermöglichen, die Bewegung weiter initiieren und stärken, sowie zur friedenspolitischen Aktivität ermuntern. Diese Auseinandersetzung für Wissenschaft für Frieden ist wichtiger denn je. Wissenschaft für den Frieden, also Kooperation zwischen den Fächern und allen Mitgliedern, die Förderung der Internationalität, die Bildung mündiger Menschen und die kritische Zuwendung der Wissenschaft zu gesellschaftlichen Aufgaben kann nur aufklärende, zivile Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung sein.

### **Friedensbildung**

*„Wenn Krieg die Zerstörung des Willens des anderen ist, ist Frieden die Herstellung des Willens des anderen. Darin haben wir noch wenig Übung.“*

Alexander Kluge, in „Krieg und Frieden“, 1982.

Wir müssen die Ursachen der Eskalation verstehen, um den Krieg endgültig aus dem Leben der Völker verbannen zu können. Der Ukraine-Krieg ist vom aktuellen Zustand der internationalen Beziehungen nicht loszulösen. Er ist falsche und verhinderbar gewesene Folge zunehmender Militarisierung der Außenpolitik.

Wir müssen auch die Ursachen von Friedensentwicklung verstehen und entwickeln: *„Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein!“* (Bertolt Brecht, Solidaritätslied, 1931). Wir engagieren uns deswegen für den Fortbestand und die Stärkung aller zivilen

Kooperationen zwischen Russland, Ukraine und Deutschland, sowie in aller Welt. Kultur, Kunst, Wissenschaft und Bildung heben menschliche Ansprüche auf Gleichheit, Solidarität und Freiheit hervor, vereinen die Menschen und bringen gegenseitiges Verständnis. Sie sind Friedensstifter!

Wir arbeiten zu dieser historisch erfreulichen Angelegenheit der Friedensbildung in der Studienreform, damit das Studium – von der Paukerei entledigt – dazu umfassend beiträgt, in der Demokratisierung, damit das gemeinsame Interesse entwickelt und vertreten wird, für rein zivile Wissenschaft. Es kommt auf uns an!

### **Bedarfsgerechte Finanzierung statt 100 Mrd. Euro Aufrüstungspaket**

Wichtiger als je zuvor ist das Gebot der Stunde: Abrüsten statt Aufrüsten. Als sozialistischer Studierendenverband positionieren wir uns vehement gegen die geplanten Aufrüstungsbestrebungen der Bundesregierung. Wir lehnen die 100-Milliarden-Kriegskredite ab und kämpfen gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Wir wollen diese Milliarden umwidmen für sinnvolle und kluge Investitionen in einen emanzipatorischen Sozialstaat, mit demokratischer Teilhabe an Kultur, Bildung, Sozialem, Gesundheit und Arbeit. Dafür suchen wir an den Hochschulen Bündnispartner:innen für den gemeinsamen Kampf für die bedarfsgemäße Finanzierung von Hochschulen.

### **Die Überwindung der neoliberalen Hochschule**

Das neoliberale Wissenschaftssystem mit Drittmitteln, Bachelor-Master-Quälerei und Kürzungszwang hindert die Hochschulen und ihre Angehörigen daran, aktiv und umfassend das Ende von Krieg und Ausbeutung, sowie die zivile, soziale und demokratische Entwicklung mit anzukurbeln. Wir kämpfen für die grundlegende Reform des Bachelor-Master-Systems, für ein elternunabhängiges BAföG für alle und die Streichung der Schuldenbremse aus den Verfassungen von Bund und Ländern – für eine Ausfinanzierung von Wissenschaft, Kultur, Soziales, Arbeit, Infrastruktur und Lebensräumen. Für internationale Solidarität statt Konkurrenz.

Diese Welt muss unser sein!

## **D1. PKK Verbot aufheben**

Der Studierendenverband Die LINKE.SDS setzt sich dafür ein, dass das PKK-Verbot in Deutschland umgehend aufgehoben wird, sowie die Entfernung der PKK von der EU-Terrorliste.

Die Linke.SDS fordert weiterhin:

- ein sofortiges Ende des Krieges in Kurdistan.
- ein Ende der deutschen Unterstützung der Türkei mittels Waffenlieferungen und militärischem Know-How.
- ,dass alle Organisationen und Unterorganisationen der Arbeiterpartei Kurdistans

umgehend legalisiert werden.

- die Freilassung und Rehabilitierung aller politischen Gefangenen.
- die Einstellung aller laufenden Verfahren.
- Streichung der §129 a/b des Strafgesetzbuches.
- Unterzeichnung der Petition Justiceforkurds als Bundesverband